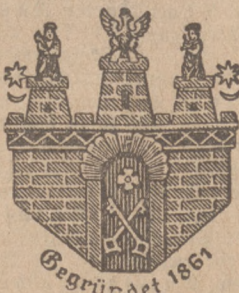


Posener Tageblatt



Bezug: in Posen monatlich durch Boten 6,50 Zl., in den Aus-
landsteilen 6,25 Zl. Postbezug (Pol. u. Danzig) 6,36 Zl. Ausland 8 Km.
täglich Postgebühren Einzelnummer 0,25 Zl., mit illust. Beilage 0,40 Zl.
Anzeigen: im Anzeigenteil die achteckige Millimeterzeile
13,5 gr. im Textteil die vierzeckige Millimeterzeile 60 gr.
Sonderplatz 50%, mehr Ausland 100%, Aufschlag. — Bei höheren
Gewalt Betriebsführung oder Arbeitsniederlegung besteht kein An-
spruch auf Nachlieferung der Richtig- oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenbedingungen: Für das Erscheinen von Anzeigen an
bestimmten Tagen und Plätzen und für die Aufnahme überhaupt kann
nicht Gewähr geleistet werden. — Keine Haftung für Fehler infolge
unvollständigen Manuskriptes. — Anschrift für Anzeigenaufträge: Kosmos
Sp. a. o., Poznań, ul. Zwierzyniecka 6. — Fernsprecher: 6823, 6275,
6106. — Redaktionelle Zuschriften sind an die „Schriftleitung des
Posener Tageblatts“, Poznań, ul. Zwierzyniecka 6, zu richten. Fernsprecher
6106, 6275. — Telegrammannschrift: Tageblatt Poznań. — Postfach-
konto in Polen: Poznań Nr. 200283. in Deutschland: Breslau Nr. 6184.

Grasmäher
Hauwender
Schwadenrechen
Getreidemäher
Mähmaschinen-Ersatzteile
liefert prompt und preiswert
HUGO CHODAN
früher Paul Seler
Poznań, ul. Przemysłowa 23

Illustrierte Beilage „Die Zeit im Bild“

„Die Welt der Frau“

Tägliche Unterhaltungsbeilage „In freier Stunde“

67. Jahrgang

Sonabend, den 16. Juni 1928

Nr. 136

Das Wesen der Justiz in Polen.

Rede des Abgeordneten Spiker vom Deutschen Parlamentarischen Klub zum Justizetat,

gehalten in der Plenarsitzung vom 11. Juni 1928.

Hocher Sejm! Wenn ich im Namen des
Deutschen Parlamentarischen Klubs zum Justiz-
etat Stellung nehme, so bin ich mir darüber klar,
daß wir es mit einem der wichtigsten Staats-
zu tun haben, was übrigen einige der Vorredner
bereits unterbreiten haben. Ein lateinisches Sprich-
wort besagt: „Justitia fundamentum regnorum“.
Dieses Wort ist in jeder Hinsicht zutreffend, denn
von einer Rechtspflege, die schnell und ordnungs-
mäßig arbeitet, ist im höchsten Maße das normale
Funktionieren der Staatsmaschine abhängig.

Das alles hat eine um so erheblichere Bedeu-
tung, sofern es sich auf einen Nationalitäts-
staats bezieht, wie ihn die Republik Polen
heute darstellt. In einem solchen Staate ist die
vollständige Gleichberechtigung und
gleiche Behandlung aller Bürger, welche
ganz von der Verfassung garantiert wird, welche
jedoch in Wirklichkeit abhängig ist von der Ver-
waltung und Gerichtspraxis und natürlich auch
von der Uebereinstimmung der Gesetzgebung mit
der Verfassung — meine Vorredner haben bereits
mehrfach den Mangel solcher Uebereinstimmung
gerügt —, in einem solchen Staate ist solche Gleich-
berechtigung in der Tat Grundlage des Re-
gierens.

Wenn wir den Justizetat von den oben ange-
führten Gesichtspunkten aus betrachten, so finden
wir leider ein weites Feld für die Kri-
tik.

Wenn ich zu der Betrachtung der verschiedenen
Zweige der Rechtspflege im einzelnen übergehe,
so muß ich bemerken, daß diese Betrachtung in-
folge der Kürze der zur Verfügung stehenden
Zeit nicht erschöpfend sein, sondern nur darauf
beruhen kann, daß einige wichtigere Punkte her-
ausgegriffen werden.

Ich beginne mit der

Zivilgerichtsbarkeit,

welche, nebenbei bemerkt, eine größere Rolle
spielt, als die Öffentlichkeit gewöhnlich an-
nimmt. Von der schnellen und gerechten Ent-
scheidung aller der zahlreichen Streitigkeiten,
welche bei der Abwicklung von Geschäften aller
Art entstehen, hängt nämlich in hohem Maße
das Vertrauen des Bürgers zum Staate ab, sowie
vor allem auch die Möglichkeit des Kredites,
inländischen wie besonders auch ausländischen.
Wer wird nämlich sein Kapital ausleihen, wenn
er nicht die Sicherheit der schnellen Realisierung
der fällig gewordenen Schuld hat.

Daß aber die Entwicklung des Kreditverkehrs
in der heutigen Zeit Grundlage und Be-
dingung der Entwicklung der allgemeinen
Wirtschaft ist, braucht nicht besonders hervor-
gehoben zu werden.

Aus diesem Grunde müssen wir die schnell-
ste Erledigung der bürgerlichen Rechtsfrei-
heiten fordern.

Die Wirklichkeit läßt in dieser Hinsicht sehr
viel zu wünschen übrig. Ich spreche hier insbe-
sondere vom früher preussischen Teil-
gebiet, dessen Verhältnisse mir gut bekannt
sind. Ich glaube jedoch nach dem Eindruck,
den ich von den hier gehaltenen Reden davongetragen
habe, daß die Verhältnisse in den andern Teil-
gebieten nicht viel besser sind.

Ganz einfache Zivilprozesse dauern jahrelang,

sofern es sich aber um besonders komplizierte
Sachen handelt, welche gewöhnlich auch beson-
ders wichtig sind, so kann man unter Umständen
eine Entscheidung überhaupt nicht er-
leben. Häufig erledigen sich solche Sachen durch Ver-
gleich; das Ansehen der Justiz leidet jedoch auch
in einem solchen Falle außerordentlich. Es ist
mir bekannt, daß dieser Zustand teilweise von
der ungenügenden Anzahl von Rich-
tern und vor allem auch Kanzleikräften
herrührt. Weil es sich jedoch hierbei um eine
Frage von kardinaler Bedeutung handelt, darf
man sich nicht auf die resignierende Behauptung
beschränken, daß die Schaffung einer genügenden
Anzahl von etatsmäßigen Stellen unmöglich ist.
Die Bevölkerung hat ein um so größeres Recht
auf eine hinreichende Besetzung der
Gerichte, als die Gerichtskosten gegen-
wärtig sehr hoch sind. Insbesondere die Anstellung
einer genügenden Anzahl von Kanzleikräften
dürfte nicht auf große Hindernisse finanzieller
Natur stoßen, und gerade der Mangel an solchen

Kräften trägt ganz erheblich zur langsamen Ab-
wicklung der Geschäfte bei.

Eine zweite Ursache des allzu langsamen
Ganges der Rechtspflege ist ohne Frage die un-
genügende Bezahlung der Richter
und Gerichtsbeamten. Es ist menschlich
verständlich, daß die stete Sorge um die
Existenz dem Beamten häufig die Lust zur inten-
siv arbeitenden Mensch ist mehr
wert als etliche andere. Der fiskalische
Gesichtspunkt bei der Bezahlung der Beamten ist
daher geradezu katastrophal, und die dadurch er-
zielte Ersparnis ist nur scheinbar eine solche, in
Wirklichkeit aber mit Rücksicht auf die weitrei-
chenden Wirkungen einer mangelhaften Rechts-
pflege auf die staatliche Wirtschaft ein unge-
heurer Verlust.

Was speziell die mittleren Gerichts-
beamten betrifft, so unterliege ich hier an die-
ser Stelle die Forderung derselben auf Hin-
aufdrücken um einige Gehaltsstufen,
die in dem gegenwärtig der Regierung und uns
vorgelegten Memorial enthalten ist, eine Forde-
rung, die ich für durchaus berechtigt ansehe.

Jedoch auch bei dem gegenwärtigen Stande
kann vieles gebessert werden. Zur

Verzögerung der Prozesse

trägt vor allem die ständige Verzögerung bei, welche
augenblicklich für das Gericht eine bequeme
Erledigung ist, ihr Ende jedoch den Richter
und das Sekretariat mit erheblicher unnötiger
Arbeit belastet. Es muß demnach Beachtung
des Grundgesetzes gefordert werden, daß die Sache
so weit und so erschöpfend erledigt wird, wie das
im gegebenen Falle möglich ist. Wenn die Ge-
richte diesen Grundsatz immer beachten würden,
würden sie durch Vermeidung des Leerlaufes der
Maschine eine bedeutende Menge Zeit
für produktive Arbeit ersparen. Es
ist weiter zu fordern, daß die Verhandlungen ge-
nau vorbereitet werden. Im entgegengesetzten
Falle, leider sehr häufig anzutreffenden Falle ist die
mündliche Verhandlung eine Farce und lediglich
zwecklose Zeitvergeudung.

Mit besonderem Bedauern muß festgestellt
werden, daß die erwähnten Verhältnisse sich im Laufe
der Zeit nicht gebessert, im Gegenteil eher
verschlechtert haben. Insbesondere in den
Berufungsinstanzen sind die Verhältnisse, welche
eine Zeitlang ganz erträglich waren, gegenwärtig
geradezu beklagenswert. Wenn man sieht, daß
in einigen Appellationsgerichten ziem-
lich schnell gearbeitet wird, dann können
die fatalen Verhältnisse in anderen Gerichten nicht
mit den allgemeinen Verhältnissen, welche doch
überall die gleichen sind, entschuldigt werden.

Nicht weniger wichtig, im Gegenteil wichtiger
als die schnelle Entscheidung der Prozesse, ist
deren richtige Entscheidung. Auch die juris-
tische Qualifikation der Urteile gibt leider häu-
fig weiten Raum für die Kritik. Es soll sich dies
nicht auf das höchste Gericht beziehen,
aber bei den unteren Instanzen trifft man
häufig, leider sehr häufig, auf Urteile,
welche sowohl was die Erschöpfung des tatsäch-
lichen Materials, als auch was die juristische Be-
urteilung angeht, sogar eine sehr milde Kritik
nicht aushalten. Die Folge, davon ist natürlich,
daß alle auf diese Weise entschiedenen Sachen an
die höheren Instanzen gehen und dadurch die An-
zahl der Sachen unnötig vermehren. Auf
besonders niedrigem Niveau steht in einigen Fäl-
len die Rechtsprechung der Berufungskam-
mern bei den Bezirksgerichten im früher
preussischen Teilgebiet. Ein Gericht, das wie diese
Kammern, eine Sache endgültig entscheidet, sollte
deshalb den Fall um so genauer prüfen. Man
hat jedoch den Eindruck, daß im Gegenteil der
Mangel des weiteren Rechtsmittels
häufig die Folge hat, daß die Kam-
mern sich nicht durch das Gesetz ge-
bunden fühlen.

In dieser Materie muß eine Besserung durch
entsprechende Besetzung der Prozesse
gerichte und zwar ohne Rücksichtnahme auf
das Dienstalter durch die Bestgeeigneten
erfolgen. Leider zeigt sich auch hier die schlechte
Wirkung der mangelhaften Bezahlung
der Richter, weil gewöhnlich die Befähig-
ten aus der Justiz in die freien Berufe
fliehen.

Urteile, welche dem Rechtsempfinden der Bevölkerung widersprechen,

erschüttern das Vertrauen derselben in die
Rechtspflege. Tatsächlich hat sich auch bei dem
Publikum ein sehr ungünstiges Urteil
über die Justiz herausgebildet. Hierzu trägt auch
leider die Behandlung des Publikums
durch die Gerichte, welche nicht immer korrekt ist,
bei. Obwohl die Prozeßordnung vorschreibt, daß
die Partei gehört werden muß, selbst wenn sie
durch einen Anwalt vertreten ist, wird den Par-
teien sehr häufig ausreichende Möglichkeit zur
mündlichen Ausführung nicht gewährt. Be-
sonders sündigen in dieser Hinsicht die Kreis-
gerichte, welche verpflichtet sind, die mit der
Prozeßordnung nicht vertrauten Parteien zu be-
lehren und alle Ausführungen mündlich entgegen-
zunehmen, welche jedoch gewöhnlich zu dem zwar
sehr bequemen, aber ordnungswidrigen Hilfsmittel
Zuspruch nehmen, den Parteien aufzutragen, ihre
Ausführungen schriftlich einzureichen. Der Pro-
zeß vor dem Kreisgericht spielt sich infolgedessen
häufig so ab, daß eine mündliche Verhandlung
überhaupt nicht stattfindet und der Richter
den Prozeß auf Grundlage der von den Parteien
eingereichten Schriftsätze entscheidet.

Das Publikum hat sehr häufig berechtigten
Grund, sich über unhöfliche und raube Behand-
lung durch den Richter zu beklagen, der es eben-
falls oft nicht für notwendig hält, den Parteien
das Ergebnis der Verhandlungen zu erläutern.
Häufig sieht man solche Leute noch lange Zeit nach
der Verhandlung herumstehen, da sie nicht wissen,
was geschehen ist.

Besonderen Grund zur Klage hat häufig die
deutsche Bevölkerung. Es ist bekannt,
daß jeder, der erklärt, daß seine Muttersprache die
deutsche ist, das Recht hat, die deutsche Sprache vor
Gericht zu gebrauchen. Einige Richter, wenn sie
schließlich auch die deutsche Sprache zulassen, setzen
jedoch den Parteien zu, indem sie ihnen Vorhal-
tungen machen, daß sie eigentlich polnisch sprechen
müßten, und daß nur im Gnadenwege die
deutsche Sprache zugelassen wird. In einem Falle
ist ein Richter sogar so weit gegangen, daß er dem
Angeklagten mit Verhaftung drohte für den
Fall, daß seine Behauptung, er beherrsche die pol-
nische Sprache nicht, sich als unwahr erweisen sollte.

Angesichts solcher Mißbräuche

muß an dieser Stelle mit aller Entschieden-
heit hervorgehoben werden, daß die deutsche
Bevölkerung das gesetzliche Recht hat, ihre
Muttersprache zu gebrauchen, unabhängig davon,
wie weit sie die polnische Sprache beherrscht, daher
die Zulassung der deutschen Sprache daher
Pflicht des Richters ist und daher keine
Gnade und daß alle, wenn auch mittelbare Be-
schränkung dieses Rechtes eine Verletzung des
Gesetzes ist.

Schlummer noch ist

die Sprachenfrage in der Strafgerichtsbarkeit

zu der ich jetzt übergehe.

Bei Verhandlungen in Strafsachen muß
das Gericht, sofern der Angeklagte die deutsche
Sprache gebraucht, entweder einen Dolmetscher zu-
ziehen oder mit dem Angeklagten in deutscher
Sprache verhandeln. In diesem Falle sind dem
Angeklagten alle verlesenen Schriftsätze, Zeugen-
ausagen usw. zu übersetzen. Das findet ge-
wöhnlich nicht in ausreichendem Maße statt, so-
daß der Angeklagte sehr häufig über den Ver-
lauf der Handlung nicht informiert
ist, was ihm natürlich die Verteidigung außer-
ordentlich erschwert, wenn nicht unmöglich macht.

Mit Recht bemerkt der Bericht des Herrn Re-
ferenten, daß die Staatsanwaltschaft und ins-
besondere der Justizminister, als erster Vorgesetzter
dieser Behörde, Güter des Rechts sein sollen
und dafür zu sorgen haben, daß jedes einem
Bürger zugefügte Unrecht nach Möglichkeit seine
Sühne erfährt. Wir sind gezwungen, die schwere
Anlage zu erheben, daß die Staatsanwalt-
schaften dieser Pflicht nicht genügen, soweit es
sich um die zahlreichen Uebertretungen und andere
Verurteilungen des Terrors handelt, der, wie be-
kannt, gegen die deutsche Bevölkerung in Ober-
schlesien ausgeübt wird.

In diesen Fällen ist die Staatsanwaltschaft ge-
wöhnlich nicht imstande, die Uebeltäter zu fassen,

obwohl sie öffentlich bekannt sind. Ich gebe Bei-
spiele: unser Kollege, der Abgeordnete Franz,
sowie zahlreiche andere Abgeordnete zum Sejm
der Republik, sowie zum schlesischen Sejm, sind
Uebertretern der Aufständischen und
anderer ähnlicher Bürger zum Opfer
gefallen. Trotzdem die Presse die Namen der
Uebeltäter nannte, war der Staatsanwalt nicht
imstande, dieselben zu fassen. Lediglich im Falle
des Herrn Franz erfolgte fünf Monate nach dem
Uebertreten eine Untersuchung. Trotzdem der Abge-
ordnete Franz drei ihm gegenübergestellte Täter
erkannte, sind seit dieser Zeit, dem November vori-
gen Jahres, die Untersuchungsbehörden untätig
geblieben.

Ebenso verhält es sich mit zahlreichen anderen
Terrorfällen. Wenn zuweilen eine gerichtliche
Verhandlung stattfindet, steht es mit der Sache
nicht viel besser. Charakteristisch ist die Angelegen-
heit des Uebertretens auf den Ingenieur Zwei-
gelt der in Siemianowice von uniformierten Auf-
ständischen ungewöhnlich schwer geschlagen und
verwundet wurde. Bei der gerichtlichen Verhand-
lung, die, wenn auch mit beschleunigter Ver-
spätung, nämlich anderthalb Jahre nach dem Ueber-
fall stattfand, erhielt der Haupttäter ganze 3 Wo-
chen Gefängnis, leider jedoch mit Bewährungs-
frist, so daß er in Wirklichkeit für einen so un-
erhörten schweren Uebertäter straflos ausgeht.
Für den bekannten Vorfall in Beuthen, den die
polnische Presse so begierig ausge-
beutet hat, offenbar deswegen, weil sie so
selten eine ähnliche Gelegenheit hat, bei dem
niemand so schwer verwundet wurde,
wie im obigen Falle, der straflos geblieben ist, er-
hielt der Haupttäter bei der gerichtlichen Ver-
handlung, welche zwei einhalb Monate
nach der Tat stattfand, ein Jahr Gefängnis.

Ganz anders sehen die Urteile aus, welche gegen
die deutsche Minderheit ergangen sind.

Im Prozesse gegen die Mitglieder des Volks-
bundes wurde auf anderthalb Jahre
Festung erkannt. Dabei stellte sich das Urteil
als so minderwertig heraus, daß bei der Re-
visionsverhandlung der Staatsanwalt beim
höchsten Gericht selbst die Aufhebung be-
antragte. Wenn man zugeben muß, daß die
Staatsanwaltschaft sich dadurch bemüht hat, daß
den Angeklagten durch das Verfahren der ersten
Instanz zugefügte Unrecht wieder gut zu machen,
so kann man jedoch nicht umhin zu bemerken, daß
es besser wäre, wenn die Staatsanwaltschaften bei
den Gerichten erster Instanz solche Instruktionen
erhielten und mit solchen Leuten befaßt würden,
daß Strafverfahren, welche die Kritik der Revi-
sionsinstanz nicht ertragen können, überhaupt
nicht begonnen würden.

Noch ein, für die Rechtspflege in Oberschlesien
charakteristisches Beispiel will ich anführen, indem
ich aus Mangel an Zeit weiter gehe.

Im Jahre 1923 oder 1923 wurden wegen Spi-
onage der Direktor Bernhardt und andere ver-
haftet. Nach 14 Tagen wurden sie gegen Kaution
freigelassen. Bis auf den heutigen Tag warten
die genannten auf die Gerichtsverhandlung, be-
ziehungsweise auf die Rückgabe der Kaution.

Ueber Urteile, wie das

in Sachen des Volksbundes

kann man sich nicht wundern, wenn alle Schöffen,
beziehungsweise Geschworenen Aufständische
sind, und wenn die Verurrichter, angesichts der
drohenden Aufhebung der richterlichen Unabhängig-
keit, die politische Behörde fürchten müssen.

Die Auswahl der Schöffen, beziehungsweise
Geschworenen findet überhaupt auch außer-
halb Oberschlesiens nicht immer automa-
tisch im Wege der vorgeschriebenen
Reihenfolge statt, sondern manchmal werden
bequeme Schöffen ausgewählt. Es ist dies
eine schwere Verletzung des Grundgesetzes, daß eine
Sache nur der gesetzlich berufene Richter ent-
scheiden darf.

Was

die Aufhebung der richterlichen Unabhängigkeit

durch die Dekrete des Präsidenten der Republik
über die Gerichtsverfassung und über die
Veränderung der das oberste Verwaltungs-
tribunal betreffenden Vorschriften angeht, so haben wir es
hier mit einer Sache zu tun, der wir besondere
Aufmerksamkeit zuwenden müssen, wenn
wir unser Verhältnis zum Justizetat feststellen

Denn es handelt sich bei dieser Aufhebung der Unabhängigkeit, welche durch sachliche Rücksichten auf die Organisation des Gerichtswesens nicht hinreichend begründet ist, um nichts weniger, als um den Verzicht der vollziehenden Gewalt, sich der Rechtspflege zu bemächtigen.

Die Lage, die dann entstehen wird, wird man schwer mit dem Ausdruck „aufgeklärte Demokratie“ bezeichnen können, ein Wort, von dem jetzt viel die Rede ist, sondern man wird eher von aufgeklärtem Absolutismus sprechen müssen. Es kann nicht gut von einem Parlament verlangt werden, daß es einem Ministerium, welches einen solchen Anschlag auf die demokratische Verfassung des Staates vorbereitet hat, das Vertrauen ausspricht.

Ich habe vorhin von dem Prozesse gegen den Volksbund in Oberschlesien gesprochen, diesem mitzulegenden, eine ungeheuerliche Tätigkeit der Organisationen der Deutschen in Oberschlesien nachzuweisen. Das Gegenstück zu diesem Prozeß in Posen und Pommern ist der bekannte

Prozeß gegen Scherff und andere Mitglieder des Deutschbundes.

Ueber diese Sache ist schon viel geschrieben und gesprochen worden. Trotzdem aber werden wir nicht eher aufhören, von ihr zu sprechen, bis dieser Justizskandal nicht beseitigt ist. Der Ausbruch des Skandals für die Behandlung dieser Sache durch die Organe der Rechtspflege ist noch sehr mild, denn wie in der Sache der Auflösung des Deutschbundes die Behörden vorgegangen sind, das übersteigt alle Begriffe.

Scherff und andere Mitglieder des Deutschbundes wurden wegen Spionage und Untreue zu einem Verbrechen, dessen Tätigkeit geschwiegen ist, angeklagt. Das Bezirksgericht in Königsberg verurteilte Scherff und die Mehrheit der Angeklagten. Der sich von dem Werte dieses Urteils überzeugen will, braucht nur das Urteil des höchsten Gerichtes zu lesen, durch welches das erste Urteil aufgehoben wurde. Man kann sich keine vorstellendere Kritik eines Gerichtsurteils vorstellen, als es die Ausführungen des höchsten Gerichtes sind, welches der Revision der Angeklagten in jedem, aber auch jedem Punkte recht gibt. Um nur eine einzige Einzelheit aus dem unter jedem möglichen Niveau stehenden Verfahren anzuführen, erwähne ich lediglich, daß den Hauptbeweis die Verlesung von gewöhnlichen Abschriften von Berichten des Vorgesetzten von Pommern an die Staatsanwaltschaft und den Ministerialrat bildete. Wenn man es nicht schwarz auf weiß lesen könnte, würde man nicht glauben wollen, daß sich ein Gericht gefunden hat, welches den Grundsatz der Unmittelbarkeit des Beweisverfahrens, welcher die Grundlage des neuzeitlichen Strafprozesses bildet, und überhaupt jegliche Grundsätze über die Beweiswürdigung so negieren konnte. Nach dem Urteil des höchsten Gerichtes vergingen 4 Jahre, bis eine neue Verhandlung vor einigen Wochen stattfand. In der Zwischenzeit wurde der Hauptangeklagte Scherff, der nach langer Untersuchungshaft gegen Kaution frei gelassen worden war, als Optant ausgewiesen. Scherff protestierte vor der Ausweisung entschieden dagegen, indem er darauf hinwies, daß ihn eine neue Gerichtsverhandlung erwarte. Nichts halfen alle Proteste. Der Mann, auf dem von allen angeklagten Mitgliedern des Deutschbundes der schwerste Vorwurf lastet, den das Bezirksgericht in Königsberg vier einhalb Jahre lang im Zuchthaus verurteilt hatte, welcher eine lange Untersuchungshaft büßen mußte, wurde zwangsweise ausgewiesen. Bei der zweiten Verhandlung, welche vor kurzem stattfand, stand der Staatsanwalt ohne Beweismaterial da und stellte den Antrag auf Verurteilung, um das in den Kellern des Bezirksgerichts in Thorn angesammelte Beweismaterial heranzuziehen. Das Gericht mußte den Staatsanwalt belehren, daß dieser Antrag erst nach besserer Vorbereitung berücksichtigt werden könne, nämlich dann, wenn diejenigen Dokumente, welche als Beweis dienen sollen, benannt würden. Auf diese Weise mußte der Prozeß vertagt werden, weil der Staatsanwalt innerhalb vier Jahren nicht imstande gewesen war, Beweismaterial zu liefern.

Kann man hier noch von Rechtspflege reden?

Es scheint mir, daß niemand so lähn sein wird, diese ehrenvolle Bezeichnung auf ein Verfahren anzuwenden, welches mit Rechtspflege nichts zu tun hat, sondern nur ein Hilfsdienst ist für die politische Behörde, der sie feiner diese leeren Behauptungen, die sie zu beweisen bis heute nicht imstande ist, ausreichten zu einer schweren Anklage der Organisationen der Deutschen in Posen und Pommern und zur Auflösung derselben durch die Polizeibehörden. Diese Auflösung wurde durch Klage an das oberste staatliche Verwaltungsgericht angefochten. Diese Sache kam jedoch vor Erledigung des Prozesses gegen Scherff, der wiederum durch Schuld der Staatsanwaltschaft verschleppt wird.

Welches ist also in Kürze das Bild dieser Angelegenheit? Es fielen donnernde Anklagen wegen schwerer Verbrechen — jetzt von 5 Jahren —

die ganze Welt wurde alarmiert, die Organisationen geschlossen. Dann aber, als es sich darum handelte, nachzuweisen, ob diese Vorwürfe auf Wahrheit beruhten, und nicht aus den Fingern gefogten waren, als es sich darum handelte, den Angeklagten die Möglichkeit zu geben, vor Gericht ihre Unschuld nachzuweisen, da reichte der Zeitraum von 5 Jahren nicht aus, damit der Staatsanwalt bei der Verhandlung vorbereitete Beweismaterial hatte. 5 Jahre reichten nicht aus, um in der Hauptsache gegen den Deutschbundesbund auch nur zur Erhebung der Anklage zu gelangen.

Wenn solche Dinge geschehen, wer will sich dann wundern, daß wir gegenwärtig nur mit geringem Glauben zu hören, wenn man davon redet, daß man der deutschen Minderheit volle Gleichberechtigung zugestehen will.

Keinen Beweis für unsere vielfach behauptete Minderheit hat man erbringen können, dagegen ist man ohne Beweis barangegangen, unsere Organisationen zu zerschlagen und die deutsche Minderheit auf andere Art zu verfolgen. Daher sehen wir, daß das Gerede von unserer Minderheit nur ein Vorwand ist, erlassen, um die Verfolgungen zu bemänteln. Unsere Anklage aber an dieser Stelle ist, daß die Justizbehörde, anstatt ein Wort des Rechts und der Gerechtigkeit zu sein, bei dieser Verfolgung gehorisch Hilfe geleistet hat.

Diese Ausführung kann ich nicht beenden, ohne der Verfolgung der deutschen Presse zu gedenken. Das Pressebrot, welches sehr wichtig mit den Worten beginnt „Die Presse ist frei“, hat eine unaufhörliche Verfolgung der Presse durch fortwährende Beschlagnahme und Gerichtsverfahren. Auch vorher war die Lage unserer Presse keineswegs rosig. Zahlreiche Prozesse und die ungewöhnlich schweren Strafen, auf welche vielfach erkannt wurde, zeugen von dem Marterium der Presse, die ihre Pflicht erfüllt, die Rechte des deutschen Volkes zu verteidigen. Gegenwärtig jedoch bedeutet die Anwendung des Pressebrot nichts weniger, als die Einführung der Präventivzensur.

Dabei werden Zeitungen für Artikel konfisziert, welche in keinerlei Weise die Strafrechtsverletzung, lediglich deswegen, weil ihre Tendenz den politischen Behörden nicht gefällt. Den Reigen führt hierbei natürlich wieder die Oberschlesien an. Dort ist in den letzten Tagen der „Oberschlesische Kurier“ für den Abdruck der Rede konfisziert worden, die der Vorsitzende unseres Klubs, Herr Abgeordneter Naumann, vor einigen Tagen von dieser Tribüne gehalten hat. Wenn die Verfassung bestimmt, daß für wahrheitsgetreue Berichterstattung über die Beratungen des Sejms niemand zur Verantwortung gezogen werden kann, so ist dies der Staatsanwaltschaft in Königsberg offenbar vollständig gleichgültig. So weit sind wir also in dieser aufgeklärten Demokratie gekommen, daß man nicht zuläßt, daß die Bevölkerung über die Beratungen des Sejms unterrichtet wird.

Es ist klar, daß eine solche systematische gegen die deutsche Bevölkerung gerichtete Rechtspflege uns zur entschiedenen Opposition zwingt und unser grundsätzlichen Standpunkt der Regierung gegenüber rechtfertigt, wie ihn bei der allgemeinen Debatte der Vorsitzende unseres Klubs erklärt hat.

Um die Regierungsbildung in Berlin.

Immer noch Verhandlungen.

Berlin, 14. Juni. (Daz.) Die Regierungsverhandlungen sind durch eine Besprechung zwischen Müller-Franken und den volksparteilichen Unterhändlern Dr. Scholz, Kempter, Dr. Japp und Brünninghaus weitergeführt worden. Zu greifbaren Ergebnissen führte die mehr als einstündige Unterhaltung noch nicht. Sie drehte sich in erster Linie um das preussische Problem, ferner aber auch um weitere Fragen der laufenden Politik.

Der in einer gemeinsamen mehrstündigen Sitzung der volksparteilichen Reichstags- und Landtagsfraktion gefasste Beschluß, der den Verhandlungen vom Mittwoch abend zugrunde lag, hat folgenden Wortlaut:

„In der gemeinsamen Sitzung der Fraktionen der Deutschen Volkspartei des Reichstags und Preussischen Landtags wurde nach eingehenden Referaten des Vorsitzenden Dr. Scholz und Dr. von Campe und nach mehrstündiger Debatte vollkommene Einmütigkeit dahin erzielt, daß aus staatspolitischen Gründen im Reich und in Preußen nur Regierungen, die von denselben Parteien getragen werden, und zwar gleichzeitig, in Frage kommen können.“

Im übrigen wurden die bisherigen Verhandlungen der Unterhändler gebilligt; insbesondere wurden die von ihnen erhobenen Forderungen für eine Beteiligung an einer Regierungsbildung stark unterstrichen.

Bei den Forderungen, von denen in dem volksparteilichen Beschluß die Rede ist, handelt es sich um eine Reihe von Fragen, die von der Volkspartei in bezug auf einige politische Hauptpunkte des Regierungsprogramms an die Sozialdemokratie gerichtet worden sind.

Die Deutsche Volkspartei hat als erste — wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bemerkt — die Frage Koalition als Notwendigkeit bezeichnet und als gegebene Möglichkeit akzeptiert. Wenn sie in dieses Verhältnis nicht mit geschlossenen Augen hineingehen will, muß sie genau so über sachliche Fragen zu verhandeln suchen, wie das vom Zentrum bereits geschehen ist. Auch die Demokraten haben die Anmeldung bestimmter Forderungen angekündigt.

Die Frage der Großen Koalition in Preußen ist, als sie von Zentrum und Sozialdemokratie bezeichnet worden. Die Deutsche Volkspartei hat ihren Wunsch nach Einbeziehung in die Preussische Regierung durch die Erklärung des Ministerpräsidenten Braun nicht als geteilt angesehen können, denn die von Braun bevorzugte Formel „zu gegebener Zeit“ muß ohne weiteres dahin gedeutet werden, daß bei einer Großen Koalition im Reich eine ähnliche Entwicklung

in Preußen keine weiteren Hindernisse in den Weg gelegt werden können. Müller-Franken hat in der Unterhaltung am Mittwoch die preussische Regierungsfrage als Landessache zu bezeichnen versucht. Er hat gleichwohl versprochen, nochmals mit Dr. Braun in Fühlung zu treten.

Ueber den Gesamtkomplex der Fragen sollen nunmehr die beteiligten Fraktionen beraten. Infolgedessen wurde ein Termin für die weiteren interfraktionellen Verhandlungen noch nicht anberaumt.

Auch die Wirtschaftspartei hat einen Beschluß gefaßt, wonach sie sich keineswegs der verantwortlichen Beteiligung an einer Koalitionsregierung entziehen will, wenn die Voraussetzungen erfüllt werden, die sie im Interesse des Mittelstandes fordern müsse. Der Fraktionsvorsitzende wurde zu weiteren Verhandlungen ermächtigt.

Donnerstag vormittag fand im Reichstag unter dem Vorsitz des sozialdemokratischen Fraktionsführers Müller-Franken eine interfraktionelle Besprechung statt, die das Problem der Regierungsbildung in erkennbarem Maße ein gutes Stück förderte: nämlich hinsichtlich der preussischen Koalitionsfrage, die jetzt von allen Parteien als im Vordergrund stehend anerkannt wird.

An der Parteiführerbesprechung nahmen teil: die Zentrumsabgeordneten v. Guérard, Esser, Dr. Perlmann und Dr. Stegerwald, der Volksparteiler Dr. Scholz, der Bayerische Volksparteiler Leichter, der Demokrat Koch-Weser. Ein Vertreter der Wirtschaftspartei war nur aus dem Grunde nicht anwesend, weil Müller-Franken die Vereinfachung der Wirtschaftspartei vom Mittwoch abend nicht mehr rechtzeitig erhalten hatte, um eine Einladung ergehen zu lassen.

Müller-Franken berichtete über eine Unterhaltung, die er Donnerstag früh mit dem preussischen Ministerpräsidenten Dr. Braun gehabt hat. Er hat die Forderung der Deutschen Volkspartei nach Aufnahme in die preussische Regierung übermitteln. Braun hat zunächst mit großer Schöffheit erwidert, es handle sich um eine innerpreussische Angelegenheit, und er halte es aus staatspolitischen Gründen für unmöglich, eine Erklärung der verlangten Art abzugeben.

Bei der interfraktionellen Aussprache wurde diese scharfe Stellungnahme Brauns allgemein abfällig beurteilt. Müller-Franken scheint selbst den Eindruck gehabt zu haben, daß Braun zu weit gegangen sei.

Der Donez-Prozeß.

Ende des zweiten Aktes.

Die ersten zwei Teile des Schacht-Prozesses nähern sich ihrem Ende. Sie betrafen die Sabotagearbeit im eigentlichen Schachtgebiet. Es steht fest, so meldet der Moskauer Berichterstatter der „Köln. Ztg.“, daß mindestens subjektiv eine Sabotagearbeit von einer Anzahl leitender Angestellten begangen worden ist, wofür es nach den umfangreichen Selbstbezichtigungen eigentlich eines Beweises nicht mehr bedurfte. Eine objektive Feststellung der Verluste konnte bei dem Fehlen eines Sachverständigenurteils und angesichts der Verschwommenheit der Grenzen der allgemeinen Missetaten und Unzulänglichkeiten einerseits sowie der bewußten Schädigungsarbeit andererseits die zumeist in Unterlassungssünden, Lässigkeit und energieloser Planlosigkeit bestand, nicht überzeugend erfolgen.

Während der erste Teil mit der Hauptfigur Vereschkowski als Vorgesetzten über ein Verabgebet begann, schließt der zweite Teil mit Tschichow, der eine ähnliche Stellung in benachbarten Schachtgebieten einnahm. Tschichow war vorher durch seine Unternehmungen nur schwach belastet worden. Sie leugneten zum Teil nicht, daß von ihm bekommen zu haben, wofür aber darüber, daß es von den ehemaligen Besitzern stammte, nichts gesagt haben. Ihr Vorgesetzter begann seine Ausführungen mit einer Erweiterung seines Teilgeheimnisses, das er nur auf den Rat seines Verteidigers hin eingeschränkt hatte, zu einem vollen Schuldbekenntnis. Der Verteidiger wurde bekanntlich zu Beginn des Prozesses auf Anfragen des Angeklagten — „Drohung mit der Todesstrafe“ zur Verantwortung gezogen. Tschichow's Geständnisse führen zum ersten Male über die Grenzen zu jenen

Stellen, die nach der Anklage als eigentliche Drahtzieher und Nutznießer der Sabotageorganisation angesehen sind. Von 1921 bis 1926 hat dieser Angeklagte fortlaufend in Briefwechsel mit dem ehemaligen Besitzer seiner Grube, Dworshanski, wohnhaft in Warschau, gestanden, und zwar durch die Vermittlung des Mitangeklagten Budnhi, der jedoch nur als Bote sich betätigte, während der illegale Verkehr durch polnische Amtspersonen vermittelt worden sein soll. Darüber soll unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt werden.

Fortgesetzt fand Dworshanski nicht unerhebliche Gelder in Paketen, deren Hauptsummen allerdings in die Inflationszeit fallen und deren Goldwert heute nicht mehr festgestellt werden kann. Gegen Quittung wurden diese Gelder in kleineren Beträgen an untergeordnete treue Angestellte verteilt. Das Einvernehmen zwischen diesen Mitangeklagten und ihrem ehemaligen Brotherrn ging so weit, daß diesem einzelne Pläne, so einer über Neubauten eines Schachtes im Jahre 1925, vor der Ausführung vorgelegt, von ihm bekräftigt und dann erst in Angriff genommen wurden. Diese Verbindung wurde auch bei der Auslandsreise Tschichow's im Jahre 1925 fortgeführt.

Schwieriger wird es dem Staatsanwalt, das Vorhandensein bestimmter Sabotagerichtlinien festzustellen, denn im Verlauf der jahrelang sich hinziehenden Inbetriebnahme der Gruben durch die Räterregierung wurden nicht unerhebliche Mittel darin angelegt, woran schließlich auch die Saboteure — unter Verursachung des Vorteils ihrer geheimen Auftraggeber — interessiert sein mußten. Demgegenüber steht die interessierte Angelegenheit

mene Nichtlinie, ergiebige Kohlenlager nach Möglichkeit zu erhalten, also nicht abzubauen. Unklar bleibt diese Contradictio in abstracto, und Archenko hat die Möglichkeit, je nach Belieben immer die eine oder die andere Nichtlinie heranzuziehen, um einzelne Tatsachen als übereinstimmend mit den Anweisungen und als bewusste Sabotage hinzustellen. Der wichtigste Vorwurf in der Anklage besteht aber in der Behauptung konspirativer Tätigkeit einer Organisation. Diese Tätigkeit ist aber bisher noch nicht glaubwürdig gemacht worden. Immer hat Verbindung nur zwischen zwei Personen bestanden, doch führen die Beschuldigungen Vereschkowski und auch Tschichow's nach dem Charfomer Zentrum mit Matow und Watanowski als Hauptfiguren, das im dritten Prozeßteil behandelt werden soll. Von Charfom wird behauptet, es sei das Organisationszentrum der Verschwörer gewesen.

Heute schon kann gesagt werden, daß die Verbindung mit Dworshanski nur auf dem Boden eines schlimmen politischen Abenteuerismus hat wachsen und dauern können. Der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der Ukraine, Tschubar, gab dazu gestern vor dem Kongreß der Bildungsarbeiter im Charfom sehr bemerkenswerte Erklärungen. Tschubar wandte sich gegen die ukrainischen Zredentisten im polnischen Sejm, wie Bemski, und gegen die polnischen Nationalisten, die genau wie Dworshanski immer noch auf die Eroberung der Ukraine für Polen hoffen. Tschubar sagte: „Wir müssen auf diese Reden in Warschau hören. Zwar handelt es sich nicht um Krieg heute oder morgen, doch bemühen sich unsere Feinde, die nationale Erneuerung der Ukraine zu gefährlicher, dunkler Arbeit zu misbrauchen, die die ganze Welt in Flammen setzen kann, und die „Pravda“ hat sicher nicht unrecht mit der Behauptung, daß die Haltung des Völkerbundes in der ukrainisch-polnischen Frage dem Rätebund zur Verhütung über die Ziele Polens keinen Anlaß gibt.“

Sturmschäden im Hamburger Hafen.

Hamburg, 15. Juni. (N.) Im Hamburger Hafen richtete der schwere Südweststurm, der am Donnerstag nachmittag über die Elbe und die Stadt rasch und teilweise eine Stundengebietigkeit in Wien bis zu 104 Kilometer erreichte, verheerendsten Schaden an. Der englische Dampfer „Lalmore“, der Getreide löschte, wurde von seiner Verankerung losgerissen. Man ließ beide Anker fallen, die aber nicht hielten. Infolgedessen ist der Dampfer mit den längs liegenden Getreidebälken, Rähnen und Schuten zusammengebrochen. Dabei kam eine mit Getreide beladene Schute zum Sinken. Eine andere Schute sprang led. Der Dampfer wurde dann von mehreren Schleppern unter Leitung eines Hafenloten zum alten Platz gebracht. Er scheint keinen Schaden genommen zu haben. Zwei Bootsbauerlehrlinge, die eine Segelbarke auf der Elbe unternommen hatten, schlugen mit ihrem Boot um. Dabei ist der eine Lehrling ertrunken, der zweite konnte sich durch Schwimmern retten.

Tages-Spiegel.

Einer noch unbefähigten Meldung des Berichterstatters der Kopenhagener Zeitung „Politiken“ zufolge soll die von der „Hobbs“ ausgesetzte Hundeschlitten-Hilfssepedition die aus drei Personen bestehende Malmgren-Gruppe, die sich nach dem Schiffbruch der „Italia“ in südlicher Richtung in Marisch gesetzt hatte, gefunden haben.

Die Beurteilung der gestrigen Kammeraussprache in der Pariser Morgenpresse geht ziemlich weit auseinander. Die Auslegungen erwecken den Eindruck, daß die Zwischenlösung in der Frage der autonomen Abgeordneten auf keiner Seite recht befriedigt.

Die Abstimmung über das revidierte Gebetbuch, die mit 266 gegen 220 Stimmen eine Ablehnung brachte, gestaltete sich zu einer der aufregendsten Szenen, die das englische Unterhaus seit längerer Zeit sah.

Der chinesische Gesandte in Washington hat am Donnerstag die Flagge der Republik Regierung gehißt.

Im Fall Glaser ist eine neue Wendung eingetreten. Oskar Glaser hat den Verzicht auf Durchführung des Wiederaufnahmeverfahrens gegen ihn wieder zurückgezogen.

Der republikanische Kandidat in Kansas City wird Hoover als Präsidentschaftskandidaten aufstellen.

Die Londoner „Daily Mail“ meldet, daß Tschang-Hsin lebt und in einer Volkshaus an seine Offiziere mitteilte, daß sich sein Befinden bessere.

„Chicago Tribune“ will wissen, daß in diesem Sommer in den Vereinigten Staaten nahezu 273 000 Rüstungen in Rüstungslagern durch über 50 000 Offiziere und Mannschaften des regulären Heeres militärisch ausgebildet werden sollen.

Ein schwerer Südweststurm richtete im Hamburger Hafen am Donnerstag nachmittag größeren Schaden an. U. a. wurde ein englischer Getreidedampfer losgerissen und brachte eine Getreideschute zum Sinken und schlug eine andere led. Beim Kentern eines Segelbootes ertrank ein Bootsbauerlehrling.

In der mexikanischen Stadt Guadalupe wurden der Bürgermeister und acht städtische Beamte von den Militärbehörden auf Grund gefälschter Telegramme hingerichtet, die vom Kriegsamt und vom Präsidenten stammen sollten.

In Südschweid dauert der Lohnkampf in der Metallindustrie unermüdet an. Falls nicht bald eine Einigung erfolgt, ist mit einer Generalaussperrung in der gesamten südschweidischen Eisen- und Metallindustrie zu rechnen.

Salz der Erde.

„Ihr seid das Salz der Erde. Wo nun das Salz dumm wird, womit soll man es salzen? Es ist zu nichts hinfort nütze, denn daß man es hinauswürft und lasse es die Leute zertreten.“ (Matth. 5, 13). Das Wort verstehen wir aus der Zeit, in der es gesprochen ward. In Palästina gewann man das so wichtige Salz aus dem toten Meere durch Verdunstung. Aber wenn das Salz feucht wurde oder unter den heißen Sonnenstrahlen lag, dann verlor es seine Kraft, dann wurde es dumm und geschmacklos, dann konnte man es nur fortgeschütten. Ein Bild vom Christentum! Christen sollen für die Welt sein, was das Salz für die Speisen war: das Mittel, sie zu schmecken vor Fäulnis und Verderben, das „konservierende Element“ in der Völkergeschichte. Jesus hat recht: wo lebendiges Christentum in einem Menschen, in einer menschlichen Gemeinschaft sich auswirken kann, da ist ein starker Schutz gegen alle sittliche Fäulnis. In der Nähe des Heiligen mag das Gemeine sich nicht so leicht hervor. Das ist der Segen der Bewahrung für den Einzelnen, wenn er in einer vom lebendigen Christentum erfüllten Umwelt steht. Aber wehe, wenn das Christentum seine Salzkraft verliert! Ein schales, kraftloses Christentum taugt nichts, weder für seinen Träger noch für die andern um ihn her! Und wie viel salzloses Christentum gibts doch! Überall wo es zur bloßen frommen Lebensart wird oder zur bloßen äußeren Sitte, überall wo man sich begnügt mit den „sozialen Wahrheiten“ oder den „moralischen Grundsätzen“ oder dem „kulturellen Einfluß“ des Christentums, wo man nichts mehr davon wissen will, daß es das Evangelium von Buße und Gnade für eine verlorene sündige Welt ist, da ist ihm das Herzstück ausgebrochen, da ist es „dumm geworden“, da hat es keine rettende bewahrende Kraft mehr, da ist nur noch zum Fortgeworfenwerden gut genug. Warum hat das Evangelium heutzutage so wenig Erfolge unter den Menschen? Ist es nicht vielleicht darum, daß es in acht nur zu vielen, die seine Träger sind und sich „Christen“ nennen, dummgewordenes Salz ist? Salz, das seine Kraft verloren hat, kann sie nicht wieder gewinnen, es ist reitungslos unbrauchbar. Ein fürchtbar ernstes Wort! Bitten wir Gott, und sorgen wir dafür, daß unser Christentum Kraft behalte. Nur dann sind wir Salz der Erde, wert dieses Namens und fähig, die darin liegenden Aufgaben zu erfüllen.

D. Blau-Posen.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 15. Juni.

Ein Mord.

Heute nacht wurde auf der Straße Gutów-Brzeźno, Kreis Schroda, der Händler Martin Bernas aus Brzeźno ermordet. Der oder die Mörder schafften nach vollführter Tat die Leiche auf die Eisenbahnschienen, um ein Unglück vorzutäuschen. Die Leiche wurde auch wirklich überfahren.

Doppelmord bei Krottschen.

In der Nähe des Dorfes Wiele bei Krottschen, Kr. Wirz, sind zwei Fleischer aus Bromberg wahrscheinlich in der Nacht vom Montag zu Dienstag ermordet worden. Die „Deutsche Rundschau“ berichtet darüber folgende Einzelheiten:

Auf der Chaussee von Bardsburg nach Krottschen zu entdecken am Morgen des vergangenen Dienstag Fußgänger eine Blutspur von etwa drei Kilometer Länge. Am Ende der Blutspur fand man einen Fleischwagen, dessen Pferd an den Chausseegraben herangefahren war und dort weidete. Auf dem Kutschersitz saß man zwei Personen, die mit einer Plane zugedeckt waren. Außerdem befanden sich auf dem Wagen fünf Schweine. Als die Passanten den Plan vom Hof entfernen, bot sich ihnen ein schauriger Anblick dar: Auf dem saßen zwei Männer im Alter von etwa 25—30 Jahren, von denen der eine bereits tot war, der zweite noch schwache Lebenszeichen gab. Der Tote hielt die Füße des Pferdes in der Hand, der Kopf war nach vorn

gestreckt und aus einer kleinen Öffnung im Hinterkopf und einer etwas größeren über dem rechten Auge, wo die Kugel eines Verbrechers wieder herausgetreten war, sickerte Blut. Neben ihm lag mit dem Kopf auf seinem Schoß die zweite Person, die ebenfalls einen Revolverbeschuß in den Kopf erhalten hatte. Man holte sofort Dr. Kachajski aus Krottschen, der jedoch dem Schwerverwundeten keinerlei Hilfe mehr angedeihen lassen konnte, da auch dieser bald seinen Geist aufgab.

Es handelte sich hier zweifellos um einen Raubüberfall, da bei den Toten keinerlei Ausweispapiere und nur 3,75 Mark borgefunden wurden. Die Verbrecher mußten bei den Fleischern, um die es sich hier handelt, größere Geldsummen vermutet haben, lauerten wahrscheinlich dem Wagen von verdecktem Versteck auf und sandten ihre todbringenden Geschosse auf die Nichtsahnenden. Nachdem das Pferd zum Stehen gebracht, mußten die Banditen das Geld und die Ausweispapiere an sich genommen haben und dann im ersten Morgengrauen verschwinden sein.

Wie die Untersuchungen der Polizei ergeben haben, handelt es sich bei den Toten um die Brüder Matuzajski, die erst vor kurzer Zeit eine Engros-Schlächtereieröffnung hatten. Der jüngere von ihnen, den man noch lebend aufgefunden hatte, hatte erst vor kurzem seine Leberzeit beendet. Die Brüder wohnten bei ihrer verheirateten Schwester in der Berliner Straße und erfreuten sich in ihrer Umgebung eines sehr guten Rufes.

Verband für Handel und Gewerbe. Wir verweisen nochmals auf die Ankündigung des Verbandes für Handel und Gewerbe e. V. (Zweigverein für Handel und Gewerbe in Posen, im heutigen Anzeigenteil, wonach am Sonntag, 17. d. Mts., mittags 11½ Uhr die Mitgliederversammlung im großen Saal der Loge, Grobla 25, stattfindet. Am Abend vorher findet im kleinen Saal der Loge, um 7½ Uhr, die feierliche Begrüßung des Verbandes statt. Zur Mitgliederversammlung am Sonntag, dem 17. d. Mts., sind die Damen und erwachsenen Familienmitglieder ebenfalls eingeladen.

Der 9. Katholikentag findet vom 23.—25. Juni in Posen statt; ihm wird u. a. der Apostolische Nuntius, Erzbischof Franciszek Karłowicz aus Warschau beizuwohnen.

X. X. Ehrenkonsul für die Republik Peru ist der Botschaftsrat Wacław Brzeźniak in Posen ernannt und ihm das Exequatur erteilt worden.

Kiepora kommt wieder nach Posen. In den ersten Tagen der nächsten Woche kommt der berühmte Sänger Jan Kiepora nach Posen, um einen Lieder- und Arienabend in der Unibersitätsaula zu geben.

Polnischer Sprachkursus für Lehrer deutscher Nationalität. Das Posener Schulkuratorium bittet uns, folgendes mitzuteilen: Das Kuratorium des Posener Schulbezirks veranstaltet vom 3. bis zum 20. August einen Sprachkursus für polnische Lehrer deutscher Nationalität, die in der Kenntnis der polnischen Sprache fortgeschritten sind. Meldungen sind unmittelbar an die Direktion des Staatlichen Lehrerseminars in Posen, ul. Fr. Matuzajski (fr. Ritterstraße) zu richten. Die Gebühren von 40 Mark werden vom Kursleiter entgegengenommen, wenn die Bewerber von ihrer Aufnahme in Kenntnis gesetzt sind. Zu diesem Lehrgang können Lehrer sämtlicher Schulkategorien zugelassen werden.

Posener Wochenmarktpreise. Auf dem heutigen Freitag's-Wochenmarkt war der Verkehr bei starker Wareneinfuhr ungewöhnlich lebhaft. Es kostete Tafel- bzw. Marktreis 2,70—3, Landbutter 2,20—2,60 zł, Milch kostete 34, Marktreis 36 gr das Liter, das Liter Sahne 2,60—3 zł, das Pfund Quark 50 gr. Die Mandel Eier kostete 2,30—2,70 zł. Auf dem Gemüse- und Obstmarkt kosteten Karotten das Pfund 75—80 gr, Tomaten 1,25 zł. Ferner kosteten das Pfund Stachelbeeren 70—80, Kirschen 25—30 gr, eine frische Gurke 1—1,50 zł, das Bündchen Radishes 15, Salat drei Köpfe 20, das Pfund Kohlrabi 20—40 gr, der Kopf Blumenkohl 0,60—1,25 zł, das Pfund Spargel und zwar Suppenparagel 70—80 gr, Spargel 1,20—1,30 zł, Möhrchen 50, das Bündchen junge Möhrchen 30, rote Rüben 30, Kohlrüben 10, Spinat 30, eine Apfelsine 40—70, eine Zitronen 15—20, Kartoffeln 7—8, Zwiebeln 50, das Bündchen frische Zwiebeln 15 gr, das Pfund Bachspinaun 1,20 zł, eine saure Gurke 10—15, weiße Bohnen 50, Erbsen 45—50 gr. Auf dem Geflügelmarkt zahlte man für eine Ente 5—8, für ein Huhn 2—4,50, für ein Paar Tauben 1,60—1,80 zł. Auf dem Fleischmarkt kostete das Pfund roher Speck 1,80, Räucherfleisch 1,80—2, Schweinefleisch 1,60, Karbonadenfleisch 1,80, Rindfleisch 1,60—2,20, Kalbfleisch bis 1,70, Hammelfleisch 1,60—1,70 zł. Auf dem Fischmarkt notierten Male mit 2,20—3, Hechte mit 1,40—1,80, Karauschen mit 1,20—1,60, Schleie mit 1—1,60, Bleie mit 0,80—1,20, Wels mit 0,80 bis 1,20, Barsche mit 0,80—1,20 zł, Weißfische 50—80 gr, das Schaf Krebs mit 6—16 zł.

Erstlichen Besuch gab's am gestrigen Freitag nachmittag in der Redaktion des „Pos. Tagebl.“: ein Indianerhäuptling und ein Cow-boy, Vertreter der amerikanischen Wild-West-Schau, die am heutigen Abend mit einer Mitgliederzahl von 20 Personen im Lunapark an der Posener Straße 66 ihre Vorstellungen eröffnen und zweifellos die Hauptattraktion der Posener Vergnügungstätte bilden werden. Aus Dakota, dem westlich vom Mississippi und nördlich von Arkansas gelegenen Teile der Vereinigten Staaten, das vom Dakota- und Siouxvolk bevölkert wird, sind sie über Hamburg aus dem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten herübergekommen, um überhaupt zum ersten Male eine Schaufführung zu veranstalten. Als höfliche Leute hatten die beiden Vertreter der Schau vormittags ihren Besuch anfragen lassen und waren nun kurz nach 1½ Uhr mit ihrem Manager und mit Vertretern des Lunaparks erschienen. Der Indianerhäuptling im bollen Feischmuck mit der großen Feder, dem Zeichen seiner Häuptlingswürde im schwarzen langen Haar, sehr sauber angezogen, Größe etwa 1,70 Meter, benimmt sich wie ein gestifter Mitteleuropäer, macht bei der Vorstellung seine Verbeugung und antwortet auf alle an ihn gerichtete Fragen in tadellosem Englisch. Deutsch erklärt er, nicht zu verstehen. Die Unterhaltung vollzieht sich deshalb in englischer Sprache. Er ist 33 Jahre alt und zum ersten Male in Europa. Sein Volksstamm ist im Aussterben begriffen und zählt nur noch 12 000 Seelen. Ganz besonders interessant ist auch der Cow-boy, ein hübscher Mann von 44 Jahren. Seine wasserblauen Augen und sein hellblondes Haar verleiht ihm seinen germanischen Typ, und daß die Wiege seiner Vorfahren zweifellos nicht in den amerikanischen Prärien, sondern entweder an der Nordküste Deutschlands oder, was noch wahrscheinlicher ist, in den skandinavischen Ländern gestanden hat. Die Frage, ob er Deutsch versteht, beantwortet er — immer mit freundlicher Miene, der man die Freude ihres Trägers an seinem Beruf ansieht — mit „Something“ (Etwas). Deshalb spricht sich auch mit ihm die Unterredung englisch ab. Zum Schluß der etwa 10 Minuten langen Unterredung eine höfliche Verbeugung der beiden interessanten Gäste mit der Einladung zu einer Presse-Sondervorstellung der Wildwestschau am heutigen Tage. Am Ausgange des Gebäudes wird der Besuch unter freundlicher Neugierde der jugendlichen weiblichen Nachbarschaft des „Pos. Tagebl.“ imitiert, und dann eine letzte Verabschiedung. lb.

Die hiesige Ortsgruppe des Verbandes deutscher Katholiken feiert Sonntag, 17. d. Mts., in der Grabenloge ihr Kinderfest. Für die Belustigungen der Kinder ist in mannigfacher Weise gesorgt, doch werden die Kinder gebeten, sich nach Möglichkeit mit Lampions zu versehen. — Eintritt für Mitglieder 1 zł, für Nichtmitglieder 2 zł; Kinder haben freien Eintritt.

Der Gemischte Chor Poznań unternimmt am Sonntag einen Ausflug nach Rosno-Haule. Abfahrt von Posen nach Wolsztyn 8, Treffpunkt 7½ Uhr vor dem Hauptbahnhof. Rückfahrt nach Uebereinkunft. Gäste willkommen.

X. Festgenommen wurden der 23jährige Michal Wasilewski aus Plock und der 34jährige Bernard Gierczak, ohne Wohnung, wegen Diebstahls, ferner der 21jährige Piotr Rogozinski, wohnhaft ul. Komornickiej (fr. Goethestr.), ebenfalls wegen Diebstahls.

Von einem Kraftwagen überfahren wurde der 36jährige Franciszek Zander in der ul. Wozna (fr. Mittelstr.); ferner in der St. Martinstraße vom Auto P. Z. 43553 der Lehrling Józef Rybarczyk.

Diebstähle. Gestohlen wurden: aus der Wohnung eines Jan Komotny in der Glogauer Straße 84, 25 Pfund; aus dem Hinterhof eines Józef Kowicki in der ul. Palacza 24 (fr. Leisingstraße), 14 Hühner im Werte von 30 Pfund; dem Baumeister Matymilian Garscki in der Glogauerstraße 3 von einem Kraftwagen, der in der ul. Wodgorna (fr. Hindenburgstraße) stand, eine Lederjacke und ein Herrenmantel im Gesamtwerte von 400 Pfund; einem Wiktor Michalowski, wohnhaft ul. Koscielna 19 (fr. Kirchstraße), aus seinem Schrebergarten in der Bucker Straße 30 Pfund Stachelbeeren, 30 Köpfe Blumenkohl, zwei neue Eimer, eine Schürze und ein Tuch.

Vom Wetter. Heute, Freitag, früh waren bei teilweise bedecktem Himmel 17 Grad Wärme.

Der Wasserstand der Warthe in Posen betrug heute, Freitag, früh + 1,64 Meter, gegen + 1,82 Meter gestern früh.

Nachdienst der Ärzte. In dringenden Fällen wird ärztliche Hilfe in der Nacht von der Bereitschaft der Ärzte, ul. Pocztowa 30 (fr. Friedrichstraße), Telefon 5555, erteilt.

Nachdienst der Apotheken vom 9.—15. Juni. Alstad: Aesulap-Apotheke Pl. Wolności 13 (fr. Wilhelmstraße); Sophia-Apotheke Pocztowa 31 (fr. Friedrichstr.). Ferjisz: Mickiewicz-Apotheke Mickiewicza 22 (fr. Bohngartenstr.). Lazarus: St. Lazarus-Apotheke Strusia (fr. Parkstr.). Wida: Fortuna-Apotheke Górna Wida 96 (fr. Kronprinzstr.).

Kirchliche Nachrichten für die Evangelischen Posens Kirchenkollekte für den Allgemeinen evangelischen Preßverband.

Kreuzkirche. Sonntag, 10: Gottesdienst. P. D. Greulich. 11½: Kindergottesdienst. Derselbe. **Kreuzing.** Sonntag, 3: Gottesdienst. P. D. Greulich.

St. Petrikirche (Evang. Unitätsgemeinde). Sonntag, 10: Gottesdienst. Studien-Direktor D. Schneider.

St. Paulikirche. 10: Gottesdienst. P. D. Greulich. 11½: Kindergottesdienst. Derselbe. — Die Bibelkunde am Mittwoch fällt aus. — Freitag (22.) 5: Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der Frauenhilfe von St. Pauli im Sitzungszimmer. — Werktaglich, 7½: Morgenandacht. — Am Mittwoch: Geh. Konf. Rat D. Staemmler.

Christuskirche. Sonntag, 10: Gottesdienst. Sup. Rhode, danach Kindergottesdienst. — Montag, 4½: Teemittag der Frauenhilfe. — Mittwoch, 6½: Bibelkunde.

St. Matthäikirche. Sonntag, 10: Gottesdienst. P. D. Greulich. 11½: Kindergottesdienst. — Dienstag, 5: Bibelkunde. — Freitag, 8: Hochengottesdienst. — Wochentags, 7½: Morgenandacht.

Kapelle der Diakonissenanstalt. Sonabend, 8: Wochenschluß. P. Sarow. — Sonntag, 10: Gottesdienst. Derselbe.

Ev.-luth. Kirche, Ogródowa 6. Sonntag, 9½: Predigtgottesdienst. P. Dr. Hoffmann. 11: Kindergottesdienst. Derselbe. 4: Predigtgottesdienst in Glinzkauchowa. Ders. — Donnerstag, 3½: Frauenverein. 7½: Kirchenkollektierung.

Evangel. Verein junger Männer. Sonntag: Gangzusaufzug (siehe Anschlag). 8: Feiernabend. — Montag und Mittwoch, 8: Posaunenchor. — Donnerstag, 8: Hauptvereinsabend. — Sonabend: Ratspieler.

Christl. Gemeinschaft (im Gemeindefaal der Christuskirche, ul. Matejki 42). Sonntag, 5½: Jugendbundstunde E. C. 7: Evangelisation. — Freitag, 7: Bibelbesprechung. — Jedermann herzlich eingeladen.

Baptisten-Gemeinde, ul. Przemysłowa 12. Sonntag, 10: Predigt. 11½: Sonntagsschule. 3: poln. Gottesdienst. 4½: Predigt. 6: Jugendverein. — Donnerstag, abends 8: Gebetsstunde.

* **Rubewik, 13. Juni.** In Fromno wurde der Forstpraktikant Stanisław Polch von einem Wildbische durch einen Schuß in den Oberschenkel schwer verletzt, so daß er in das Posener Stadtkrankenhaus geschafft werden mußte. Den Schuß erhielt der Forstpraktikant in einem Augenblick, als er andere Wildbische verfolgte, die einen Hasen geschossen hatten.

Aus der Woiwodschaft Posen.

* **Krotoschin, 14. Juni.** Einen festsamen Tod fand der Arbeiter Johann Barick aus Tomuth. Am Sonntag nachm. war er von der Wirtschaft des Stadlaris weggegangen und ist dann nicht mehr gesehen worden. Am Dienstag früh fand man ihn tot neben dem Tomnitzer Wege an einen Baum gelehnt. Die Uhr, die der so plötzlich Dahingegangene bei sich trug, war verschwunden.

* **Konstomischel, 14. Juni.** Am vergangenen Sonntag fand in Konstomischel die Einsegnung der Konfirmanden statt, 14 Mädchen und 12 Knaben.

Spielplan des Teatr Wielki.

Freitag, 15. Juni: „Ein Herrschmannöver“. Sonabend, 16. Juni: „Aida“. (Gastspiel Michal Pawlowicz).

Sonntag, 17. Juni: „Bote Nr. 6666“. Montag, 18. Juni: „Bajazzo“ und „Scheherazade“. (Rektes Gastspiel Michal Pawlowicz).

Die Abendvorstellungen im Teatr Wielki beginnen um 8 Uhr. Vorverkauf an Wochentagen im Teatr Polki von 10 Uhr vorm. bis 5 Uhr nachm., an Sonntag und Feiertagen nur im Teatr Wielki von 11½ bis 2 Uhr. Nach Beginn der Vorstellung wird niemand eingelassen.

Wettervoransage für Sonabend, 16. Juni.

— Berlin, 15. Juni. Für das mittlere Norddeutschland: Teils wolfig, teils heiter, ohne wesentliche Niederschläge, kühl, frische westliche Winde. — Für das übrige Deutschland: Im Südwesten ziemlich heiter, am Tage wieder etwas wärmer, im übrigen Reich kühler, meist wolfiges Wetter, fischweise noch leichte Schauer.

Für die Reise!

Toilettenartikel, Photogr. Kameras und alle Bedarfsartikel Billigste Preise! Grösste Auswahl! Sämtliche Photo-Arbeiten werden fachmännisch ausgeführt.

Parfümerie **Br. Machalla S.K.** Drogerie 27 Grudnia 2 (früher Berlinerstr.) gegenüber dem Polizeipräsidium.

Görke
Bestes Fahrrad
Registrierkasse
zu kaufen gesucht.
R. Goetz, Dobrzyca.

Billig!
Damenstrümpfe
Baumwollflor
sehr halbar
Seidenflor
neueste Farben
Kunstseide
waschecht
„Bajader“
englisch Flor
„Echte Bernberger“ Seide
S. Kalamajski
Poznań Toruń.

Prachtvolle Ananasfrüchte
seltene schöne
Bananen
süßliche
Apfelsinen
Räucheraal
Räucherlachs
Reh (Rüden
Käulen
Blätter
empfehlen
Josef Glowinski
Poznań, Gwarna 13.

Rechnungsführer,
lebig, der die Hohenverwaltung mit übernimmt, zum 1. Juli gesucht. Polnische Schriftsprache Bedingung. Angebote mit Zeugnisabschriften, die nicht zurückgeliefert werden (keine Originale) erbeten. Wegner, Bielewice, pocztakomunow, pocztakomunow, pocztakomunow (Bomorz).

Ein Schüler der achten Klasse des hiesigen Gymnasiums sucht eine Stelle als **Korrepetitor.** Er erteilt alle Fächer aus den ersten sechs Klassen. Gef. Angebote bitte nach **RADOM, Szeroka 1** an Herrn Rodziewicz zu schicken.

Jüngere Konstruktoren
mit mehrjähriger Praxis für Eisenkonstruktion im Sebezeuge, zum sofortigen Eintritt für Obersteifen gesucht. Off. mit Zeugnisabschriften etc. an Ann.-Exp. Kosmos, Sp. z o. o., Poznań, Zwierzyniecka 6, unt. 983.
Junge Verkäuferin
sucht Stellung
in Konditorei oder Bäckerei von sofort oder später. Offerten an Ann.-Exp. Kosmos, Sp. z o. o., Poznań, Zwierzyniecka 6, unt. 984.

Billig!
Damen-Trikotagen
bunte Trikotschlüpfer 1.65
Schlupfer, gut Qual. 2.15
feingestrickte
Unterhemden 1.95
Hemdosen-Trikot 4.95
Hemdosen
feingestrickt 3.50
S. Kalamajski
Poznań Toruń.

Verfall der pharmazeutischen Industrie in Polen.

O. E. Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Inkraftsetzung einer Regierungsverordnung, auf Grund welcher der Verkauf von Medikamenten, insbesondere von Heilpräparaten, ausschliesslich den Apotheken vorbehalten werden soll, ist es in interessierten polnischen Kreisen zu einem heftigen Meinungs-austausch gekommen. Der Verband der Drogisten sieht in dieser Massnahme eine ungerechtfertigte Beeinträchtigung der Handelsinteressen der polnischen Medizinaldrogerien auf Kosten der mit Privilegien schon überaus reich ausgestatteten Apotheken und weist auf die „schädlichen Folgen“ dieser Bestimmung hin, die sich darin geltend machen werden, dass die Apotheken nunmehr dazu übergehen werden, mit selbst hergestellten Präparaten aller Art den polnischen Markt zu überschwemmen. Wenn dies tatsächlich eintreten sollte, so wäre der Zweck der obengenannten Verordnung im Sinne der Regierung in vollstem Masse erreicht; denn die polnische Regierung bemüht sich ja gerade um eine Forcierung der Inlandsproduktion an Medikamenten und Heilpräparaten, um die pharmazeutische Erzeugung soweit auszubauen, dass eine Einfuhr dieser Artikel aus dem Ausland in dem gegenwärtig grossen Umfange nicht mehr notwendig wird.

Augenblicklich stellt sich aber die Lage in der polnischen pharmazeutischen Industrie noch sehr ungünstig dar. Die Verfallerscheinungen in diesem Industriezweige wirken sich insbesondere darin aus, dass die polnischen Apotheken mit wenigen Ausnahmen von der Selbstherstellung pharmazeutischer Artikel und Präparate gänzlich abgerückt sind und sich nur noch als ausgesprochene Handelsunternehmen betätigen. Die Tätigkeit der polnischen Apotheken beruht demnach in der Hauptsache auf dem Vertrieb fertiger Heilmittel und Präparate, die vornehmlich ausländischer Herkunft sind. Selbst Heilkräuter, die in Polen reichlich vorhanden sind, werden in erheblichem Umfange aus dem Ausland bezogen. Die geringe Initiative der polnischen Apotheken, die in Polen das Gros der pharmazeutischen Industrie darstellen, ist weniger auf unzureichende Fachausbildung, als auf den Umstand zurückzuführen, dass der pharmazeutischen Produktion von seiten der Regierung nicht der den Apothekern notwendig erscheinende Schutz gewährt wird. Während in Vorkriegszeiten in den einzelnen Teilgebieten des heutigen Polens die Produktionstätigkeit der Apotheken in keiner Weise behindert war, ist in der Nachkriegszeit die polnische Regierung andere Wege gegangen.

Höchstwahrscheinlich, um der übermässigen Verbreitung fertiger Heilmittel, sogenannter pharmazeutischer Präparate, entgegenzuwirken, wurde eine Verordnung erlassen, auf Grund welcher der Vertrieb eines gewissen Präparates, unbekümmert, ob es im Inlande oder im Ausland hergestellt worden ist, von einer besonderen Erlaubnis der Behörden abhängig gemacht wird. Diese Erlaubnis wurde nur erteilt, sofern das betreffende Präparat hinsichtlich seiner Art und Zusammensetzung eine Neuheit auf dem Gebiete der pharmazeutischen Industrie darstellt. Obwohl sich diese Vorschriften in gleicher Weise auf inländische wie ausländische Erzeugnisse bezogen, gaben sie doch den ausländischen Erzeugnissen erhebliche grössere Chancen, weil die pharmazeutische Industrie im Inlande erst in den Anfängen der Entwicklung stand und bei gleichen Konkurrenzbedingungen der Auslandsindustrie natürlich nicht gewachsen war. Auf diese Weise gelang es, insbesondere der deutschen pharmazeutischen Industrie, eine grosse Anzahl von Präparaten in Polen einzuführen, deren Herstellung und Vertrieb den polnischen Apotheken und pharmazeutischen Betrieben später mit der Begründung nicht mehr erlaubt worden ist, weil sie keine Neuheit auf diesem Gebiete darstellten. Diesem Umstand wird polnischseits zugeschrieben, dass u. a. von den vier polnischen Fabriken für Salvarsanpräparate im Verlauf der letzten Jahre drei eingegangen sind. Eine Folge der starken Verbreitung ausländischer Präparate, die wegen ihrer hohen Qualität den inländischen Erzeugnissen vorgezogen werden, ist auch die sehr geringe Herstellung von Heilmitteln in den polnischen Apotheken. Die von den Ärzten verschriebenen Mittel werden also in immer grösserem Umfange in Form fertiger, vorwiegend ausländischer Fabrikate in den Apotheken verabreicht.

So schiebt man denn auch in Polen den Niedergang der heimischen pharmazeutischen Industrie vornehmlich der ungeeigneten Gesetzgebung in die Schuhe und beanstandet das Fehlen eines einheitlichen zeitlichen Apothekengesetzes. Die interessierten Kreise in Polen verlangen immer dringender eine Unterstützung der eigenen pharmazeutischen Industrie im Wege einer diesbezüglichen Verordnung, wobei auf die Gefährdung der Versorgung der Armee und der Zivilbevölkerung mit Medikamenten hingewiesen wird, wenn Polen infolge irgendwelcher politischer Zwischenfälle von den gegenwärtigen Quellen der Versorgung gänzlich abgeschnitten werde. Solche Erwägungen mögen die Regierung nunmehr veranlassen haben, durch die bevorstehende Einführung der eingangs erwähnten Verordnung betreffend die Konzentrierung des Vertriebes von Heilpräparaten in den Apotheken eine der notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, die pharmazeutische Produktion im Lande vor dem weiteren Verfall zu bewahren.

Im Zusammenhang mit der Einführung der Zollvalorisierung haben sich die polnischen Einfuhrzölle auf pharmazeutische Produkte nicht unerheblich erhöht. Ab 15. März 1928 werden für diese Artikel folgende Zölle erhoben (die alten Zollsätze in Klammern): Pharmazeutische Produkte und getränkte Verbandmittel, wie: dosierte Arzneimittel (Tabletten, Pastillen, Kapseln, Pillen usw.), pharm. Mischungen (Pulver, Pflaster und Lösungen), alle zusammengesetzten Arzneipräparate, Tinkturen und Extrakte usw.) 946 Zl (550 Zl), Englisches Pflaster (auf Seiden- oder Halbschleim-Gewebe) 6880 Zl (4000 Zl), hygroscopische Watte, mit Heilmitteln getränkt, 430 Zl (250 Zl), Bandagen und Gazen aller Art (mit Ausnahme von seidenen oder halbseidenen Geweben) getränkt 1376 Zl (800 Zl) je 100 kg.

Wie aus den Zollsteigerungen zu ersehen ist, hat sich die Exportkonjunktur für pharmazeutische Produkte wesentlich verschlechtert. Eine weitere Beeinträchtigung der Einfuhrmöglichkeit besteht durch Sonderverordnungen des polnischen Finanzministers, die alle pharmazeutischen Sonderheilmittel und organisch-therapeutischen Präparate aufführen, die zur Einfuhr nach dem Zollgebiet zugelassen bzw. nicht zugelassen sind. Die Einfuhr von Arzneien, Giften und Sonderheilmitteln ist nur auf Grund von Genehmigungen des Finanzministeriums oder der Verwaltungsbehörden grundsätzlich gestattet.

Bilanz der Bank Polski.

Aktiva.		10. 6. 28	31. 5. 28
Gold in Barren und Münzen		380 420 692.95	380 376 699.85
Gold in Barren und Münzen im Auslande		186 499 227.29	186 499 227.29
Silber nach dem Goldwert		3 257 788.10	3 237 172.61
Valuten, Devisen usw.:			
a) deckungsfähige		536 340 864.70	539 690 160.28
b) andere		210 654 917.80	212 553 289.30
Silber- und Scheidemünzen		4 021 731.41	5 540 406.51
Wechsel		567 804 216.74	558 283 415.02
Lombardforderungen		57 433 761.12	59 819 923.81
Effekten für eigene Rechnung		6 216 695.84	5 875 602.40
Effektenreserve		55 945 700.38	55 945 700.38
Schulden des Staatsschatzes		25 000 000.—	25 000 000.—
Immobilien		20 000 000.—	20 000 000.—
Andere Aktiva		42 210 123.31	46 198 760.76
		2 095 805 719.64	2 099 020 358.21
Passiva.			
Grundkapital		150 000 000.—	150 000 000.—
Reservefonds		94 434 640.—	94 434 640.—
Sofort fällige Verpflichtungen:			
a) Girorechnung der Staatskasse		252 254 125.82	268 692 608.10
b) Restliche Girorechnung		177 583 605.73	124 409 543.14
c) Konto für Silbereinkauf		90 000 000.—	90 000 000.—
d) Staatlicher Kreditfonds		67 708 567.87	92 313 246.54
e) Verschiedene Verpflichtungen		5 686 782.63	6 999 835.97
Notenumlauf		1 116 448 720.—	1 132 964 330.—
Sonderkonto des Staatsschatzes		75 000 000.—	75 000 000.—
Andere Passiva		66 689 277.59	64 206 154.46
		2 095 805 719.64	2 099 020 358.21

Wechseldiskont 8 Proz., Lombardzinsfuss 9 Proz.

Die Entlastung der Bank Polski nach der allerdings nicht sehr starken Beanspruchung am letzten Monatsultimo setzt nur zögernd ein. Bei unverändertem Goldbestand nahmen die deckungsfähigen Devisen um 3,35 Millionen und andere Devisen um 1,90 Millionen ab. Die gesamte Kapitalanlage in Wechseln, Lombard und Effekten erhöhte sich dagegen um 7,47 auf 687,40 (679,93) Millionen, darunter nahm das Wechselkonto um 9,52 Millionen zu, während sich die Lombardkredite um 2,39 Millionen verringerten. Vom Notenumlauf flossen 16,52 Millionen, ein gutes Drittel der am letzten Monatsultimo ausgegebenen Summe, in die Kassen der Bank zurück. Die sofort fälligen Verpflichtungen wuchsen um 10,82 Millionen an. Darunter erhöhten sich

die privaten Giroeinklagen um 53,17 Millionen, während sich das Staatsgirokonto um 16,44 und der staatliche Kreditfonds um die beträchtliche Summe von 24,60 Millionen verringerte. Dieser Fonds, der ursprünglich 141,34 Millionen enthielt, stellt bekanntlich jenen Betrag der Dollaranleihe dar, der der Wirtschaft direkt zugeführt werden soll. Während bisher die Beträge recht zögernd ihrer Bestimmung zugeführt wurden, ist die Abnahme in der letzten Dekade bemerkenswert. Es sind von dem Gesamtbetrag nunmehr 52 Prozent untergebracht worden. Die reine Golddeckung des Notenumlaufes erhöhte sich auf 50,78 (50,03) Prozent, die Deckung durch Gold, Silber und deckungsfähige Devisen auf 99,11 (97,96) Prozent und die Deckung des Notenumlaufes und der sofort fälligen Verpflichtungen auf 64,72 (64,70) Prozent.

Märkte.

Getreide. Posen, 15. Juni. Amtliche Notierungen für 100 Kg. in Zloty.		15. 6.	14. 6.
Weizen		50,75—52,75	
Roggen		46,50—48,00	
Weizenmehl (65%)		70,00—74,00	
Roggenmehl (65%)		70,75	
Roggenmehl (70%)		68,75	
Mahlgroste		46,00—47,00	
Hafer		44,00—46,00	
Weizenkleie		28,00—29,00	
Roggenkleie		33,50—34,50	
Gelbe Lupinen		24,00—25,00	
Blaue Lupinen		22,50—23,50	
Gesamtrendenz schwach.			

Warschau, 14. Juni. Notierungen der Getreide- und Warenbörse für 100 kg fr. Warschau im Markthandel: Roggen 681 g 51—51,50, Weizen 58—58,50, Braugerste 52—53, Grützergerste 48—48,50, Einheitshafer 50—52, Roggenkleie 33,50—34, Weizenkleie 30 bis 30,50, Weizenmehl von der Warschauer, Lubliner und Grenzmillen 4/0 A 90—92, 4/0 B 82—84, Roggenmehl 65proz. 71—72. Stimmung ruhig, Geschäft klein.

Lemberg, 14. Juni. Der Privatmarkt ist fast umsatzlos, da die grösseren Getreidepartien von den Staatsreserven oder für die Militärverwaltungen auf gekauft wurden. Das Interesse für Roggen hat nachgelassen, und die Folge davon ist ein leichter Preisrückgang. Tendenz fallend, Stimmung ruhig. Kleinpölicher Roggen 47,50—48,50 im Markthandel.

Berlin, 15. Juni. Getreide- und Oelsaat für 100 kg, sonst für 100 kg in Goldmark. Weizen: Juli 271,5, Sept. 266,5. Tendenz leicht befestigt. Roggen: Juli 270,5, Sept. 252, Oktober 252,5. Tendenz leicht befestigt. Weizenmehl: 31,75—35,75. Roggenmehl: 35,75—38,5. Weizenkleie: 16,25—16,75. Weizenkleimelasse: 16,75—17,25. Roggenkleie: 18,5. Viktorienbrot: 50—62. Kleine Speisebrot: 35—40. Futtererbsen: 24,5—26. Pelusken: 24—26,5. Ackerbohnen: 23—24. Wicken: 25—27. Lupinen, blau: 13,25—15,2. Lupinen, gelb: 16—17. Seradella, neue: 23—28. Rapskuchen: 18,8—19. Leinkuchen: 22,8 bis 23,6. Trockenschrot: 15,8—16. Sojaschrot: 20,6 bis 21,2. Kartoffelflocken: 26,6—27.

Produktenbericht. Berlin, 15. Juni. Die etwas festeren Meldungen von den Auslandsmärkten lösten am Lieferungsmarkt für beide Brotgetreidearten einige Deckungsnachfrage aus, vermochten aber dem Effektivgeschäft keine Anregung zu bieten, zumal auch nur Roggen in den Auslandsforderungen eine Erhöhung aufwies. Das Mehlggeschäft ist nach wie vor unbefriedigend, so dass die Mühlen nur noch wenig Kaufneigung zeigen. Das Weizenangebot aus der Provinz bleibt reichlich. Offerten lauten zwar etwas höher als gestern, höhere Gebote sind jedoch nicht erhältlich. Weizen- und Roggenmehl haben lediglich kleinstes Konsumgeschäft. Lieferungspreise für Weizen und Roggen stellten sich in der Eröffnungsnotierung 0,50—1 Mark höher, diese Preise wurden aber bald wieder niedriger genannt. Hafer ist eher reichlicher angeboten, verschiedentlich zeigt sich aber auch etwas regere Nachfrage. Geforderte Preise bleiben schwer durchzuholen. Gersten unverändert ruhig.

Vieh und Fleisch. Berlin, 13. Juni. Anfrüh: 1131 Rinder (darunter 227 Ochsen, 271 Bullen, 633 Kühe und Färsen), 2600 Kälber, 4811 Schafe, 13 431 Schweine, zum Schlachthof direkt seit letztem Viehmarkt 2309, 222 Auslandschweine.

Verlauf: Bei Rindern und Kälbern ruhig, bei Schafen glatt, bei Schweinen ruhig. Preise: Ochsen: a) 60—62, b) 56—59, c) 51—54, d) 44—47, Bullen: a) 55—56, b) 52—53, c) 48—50, d) 45—47, Kühe: a) 45—49, b) 34—42, c) 25—31, d) 20 bis 22, Färsen: a) 56—58, b) 50—54, c) 43—46, Fresser: 38—47, Kälber: b) 70—78, c) 58—68, d) 45—55, Schafe: a) 62—65, b) 55—60, b2) 50—56, c) 43—50, d) 30—40, Schweine: a) 68—69, b) 70, c) 68—70, d) 65—67, c) 61—64, Sauen 63—66.

Vieh und Fleisch. Posen, 15. Juni. Offizieller Marktbericht der Preisnotierungskommission. Es wurden aufgetrieben: 44 Rinder (darunter 3 Ochsen, 11 Bullen, 30 Kühe und Färsen), 582 Schweine, 100 Kälber, 85 Schafe, 372 Ferkel, zusammen 1188 Tiere.

Man zahlte für 100 kg Lebendgewicht: Schweine: vollfleischige von 120—150 kg Lebendgewicht 220—222, vollfleischige von 100—120 kg Lebendgewicht 210—212, vollfleischige von 80—100 kg Lebendgewicht 200—204, fleischige Schweine von mehr als 80 kg 190—196, Sauen und späte Kastrate 170 bis 200.

Ferkel das Paar 35—55.

Marktverlauf: ruhig. Ostdevisen. Berlin, 15. Juni. Auszahlung Warschau 46,775—46,975, grosse Zlotynoten 46,65—47,05, 100 Reichsmark = 212,88—213,79.

Danziger Börse.

Amtliche Devisennotierungen.

Devisen		15. 6.	15. 6.	12. 6.	12. 6.
		Geld	Brief	Geld	Brief
London		25,025	—	25,025	—
New York		—	—	—	—
Berlin		—	—	—	—
Warschau		57,43	57,57	57,43	57,57
Noten					
Engl. Pfund		—	—	—	—
Dollar		—	—	—	—
Reichsmark		—	—	—	—
Zloty		57,43	57,57	57,43	57,57

Berliner Börse.

Börsenstimmungsbild. Berlin, 15. Juni, 13.30 Uhr. Die heutige Börse hatte keine einheitliche Tendenz. Das ziemlich starke Interesse, das auch schon im Vormittagsverkehr für Spezialpapiere bestand, begegnete jedoch einer plötzlich zu Beginn des amtlichen Verkehrs auftauchenden Abgeneigung der Spekulation. Während der Verlauf der gestrigen Newyorker Börse günstig beurteilt wurde, waren die hauptsächlichsten Gründe für diese Verstimung sicherlich die Auflegung der Preussenanleihe und im Zusammenhang damit Befürchtungen für die Entwicklung des Geldmarktes. So waren mit Ausnahme weniger Papiere mehrprozentige Kursabschwüngen in der Ueberzahl. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die gestrigen Abend und im heutigen Vormittagsverkehr genannten Kurse noch 1—3 Prozent über den gestrigen Schlussnotierungen lagen. Stärker angeboten waren aber nur Harburg-Phönix auf die der Börse überraschend gekommene Dividendenlosigkeit. Schon zu Beginn ausgesprochen fest lagen Svenska plus 5,50 Mark, Feldmühle plus 4 Prozent (die Gerichte über eine baldige Terminerhöhung erhielten sich). Oberkoks plus 2 Prozent (man wollte von der Möglichkeit des Verkaufes eines Paketes Scheringaktien an die I. G. Farben wissen). Die eigentlich nur per Kasse gehandelten Bayerischen Motorenwerke hatten auf die beschlossene Kapitalerhöhung einen grossen Freiverkauf. Im Verlaufe konnte sich das Geschäft allgemein etwas beleben. Die Tendenz ist zwar weiter uneinheitlich, doch vergrösserte sich der Kreis der bevorzugten Papiere. Polyphon konnten auf angeblich englische Käufe ca. 12 Prozent anziehen, die Zellstoffwerke blieben weiter lebhaft, Svenska gewannen erneut 7 Mk., Berger holten ihren Anfangsverlust wieder ein und lagen noch ca. 3 Prozent über gestern Schluss. Autowerte hatten ebenfalls etwas verstärktes Interesse aufzuweisen. Auffällig schwach lagen wohl im Zusammenhang mit der heutigen ersten Bezugsrechtsnotiz die Aktien der A. G. für Verkehr. Russen nachgehend, Anleihen fester. Tagesgeld 5—7 Prozent, sonst unverändert.

(Anfangskurse.) Terminpapiere.

		15. 6.	14. 6.	15. 6.	14. 6.
Dt. R.-Bahn		—	—	Goldschmidt	98,25
A.G.f.Verkehr		196,12	—	Hbg. Elg.-Wk.	—
Hamb. Amer.		170,87	—	Harpen. Bgw.	160,75
Hb. Sidam.		—	—	Hoesch	143,75
Hansa		214,87	—	Holzmann	154,00
Nordd. Lloyd		160,87	—	Ile Bgbau	260,00
ALD.Kr.Anst.		142,00	141,25	Kaliw. Asch.	244,75
Barmer Bank		148,50	149,00	Klochner	134,75
Ber.Hls.-Ges.		272,00	271,50	Köln-Neuess.	138,50
Com.Pr.-Bk.		195,75	194,00	Löwe, Ludw.	246,00
Darmst. Bank		281,00	282,50	Mannesmann	142,12
Deutsche Bank		168,50	167,00	Manni. Bergb.	119,75
Disc.-Ges.		166,50	—	Metalbank	152,25
Dresdner Bk.		167,75	167,00	Nat. Auto.-Fb.	91,50
Mutshch.Bk.		207,00	—	Oschl. Elg. B.	30,80
Schulth. Patz.		385,00	359,00	Oschl. Kotsch.	110,00
A. E. G.		182,50	—	Orenst. u. Kop.	127,75
Bergmann		207,50	—	Ostwerke	323,00
Berl. Mech.-F.		—	—	Phönix Bgbau	96,37
Buderus		87,75	—	Rh. Braunkoh.	308,50
Cap. Hsp. Am.		134,25	—	Rh. Elek.-W.	169,00
Charl. Wasser		151,00	—	Rh. Stahlw.	162,50
Conti Caoutch.		161,00	—	Riebeck	161,00
Daimler-Benz		116,75	—	Rütgerswerke	97,75
Dessauer Gas		221,00	—	Salzdetzberg	454,00
Dt. Erdöl-Ges.		144,62	—	Schl. Elek.-W.	258,00
Dt. Maschinen		58,50	—	Schwack. & Co.	208,50
Dynam. Nobel		—	—	Siem. & Halske	358,00
El. Licht u. K.		231,50	—	Tietz, Leonh.	315,00
Essen. Steink.		128,00	—	Transradio	162,25
I. G. Farben		275,37	—	Ver. Glasstoff	71,00
Felten u. Guill.		129,62	—	Ver. Stahlw.	98,62
Gelsenk. Bgw.		139,50	139,50	Westeregeln	247,00
Ges. f. el. Unt.		279,25	—	Zellst. Waldh.	312,00
				Otavi	53,50

Abbls.-Schuld 1-60 000		15. 6.	14. 6.
60-90 000		51,50	—
Abbls.-Schuld ohne Auslösungsrecht		54,00	—
		19,00	—

Industrieaktien.

		15. 6.	14. 6.	15. 6.	14. 6.
Accumulator		167,75	—	Laurahütte	77,50
Adlerwerke		115,25	—	Lorenz	150,00
Aschaffenburg		—	208,00	Motor. Dents	218,75
Bernberg		—	855,00	Nordd.-Wolk.	217,50
Berger, Fieb.		—	78,00	Pöge, Eltr.-W.	110,25
Bk. Kalkw.		54,50	54,50	Sachsenwerke	139,00
Dt. Wolfr.		79,00	79,50	Sartori	234,50
Dt. Eisenh.		241,00	228,50	Schl.Bgb.u.Zk	131,50
Feldmühle		88,00	88,50	Schl. Textil	391,00
Humboldt		—	—	Schub. & Sals.	380,00
Körting, Gebr.		70,75	—	Stollb. Zink	189,00
Lahmeyer		—	—		

Tendenz: schwächer.

Amtliche Devisenkurse.

		15. 6.	15. 6.	14. 6.	14. 6.
		Geld	Brief	Geld	Brief
Buenos Aires		1,781	1,785	1,781	1,785
Canada		4,171	4,179	4,171	4,179
Japan		1,948	1,952	1,948	1,947
Konstantinopel		—	—	2,143	2,152
London		20,406	20,446	20,409	20,449
New York		4,190	4,188	4,185	4,189
Rio de Janeiro		0,5015	0,5035	0,5015	0,5035
Uruguay		4,268	4,274	4,268	4,274
Amsterdam		168,65	168,99	168,68	169,02
Athen		—	—	5,405	5,415
Brüssel		58,395	58,515	58,40	58,52
Danzig		—	—	81,55	81,71
Helsingfors		—	—	10,524	10,544
Italien		22,00	22,04	22,005	22,045
Jugoslawien		—	—	7,358	7,372
Kopenhagen		112,14	112,36	112,14	112,36
Lissabon		—	—	19,618	19,61
Oslo		111,97	112,19	111,98	112,21
Paris		16,415	16,455	16,425	16,465
Prag		12,395	12,415	12,395	12,415
Schweiz		80,755	80,773	80,56	80,72
Sofia		—	—	3,022	3,028
Spanien		69,25	69,35	69,60	69,74
Stockholm		112,17	112,39	112,18	112,40
Budapest		—	—	72,93	73,07
Wien		58,305	58,325	58,32	58,34
Kairo		—	—	20,934	20,974
Reykjavik (100 Kronen)		92,16	92,34	92,16	92,34

Die Malmgreen-Gruppe der Nobile-Expedition gefunden?

Kopenhagen, 15. Juni. (N.) Nach einer bisher noch unbefestigten Meldung des Berichterstatters der Zeitung „Politiken“ soll die von der „Gobbi“ ausgesetzte Hundeschiff-Expedition die aus drei Mann bestehende Malmgreen-Gruppe, die sich nach dem Schiffsbruch der „Italia“ in südlicher Richtung in Marsch gesetzt hatte, gefunden haben.

Wie aus Kopenhagen gemeldet wird, hat die „Citta di Milano“ erneut Verbindung mit der „Italia“-Mannschaft gehabt. In seinem Rundspruch erklärte Nobile, daß er und die seinigen sich sicher fühlen. Man weiß nicht, ob man daraus folgern kann, daß es ihm gelungen ist, so weit in die Nähe der Küste vorzudringen, daß er Hoffnung hat, das Land zu erreichen, oder ob Nobile nur damit andeuten will, daß er mit baldiger Hilfe rechnet. Seit der Strandung der „Italia“ hat Nobile die beiden anderen Gruppen nicht mehr gesehen. Die Sachverständigen sprechen sich dahin aus, daß der Teil der Besatzung des Luftschiffes, der mit der „Italia“ abgetrieben wurde, möglicherweise sehr weit nach Osten verschlagen worden ist und sich in der Gegend des Königs Karl XII.-Landes befindet. Die „Draganza“

hat am Donnerstag morgen auf der Fahrt nach Nordosten die Norwegerinsel passiert. Nördlich der Malmgreen-Gruppe hat das Schiff festes Eis gefunden und macht jetzt den Versuch, die Eisbarrieren zu durchbrechen. Der russische Eisbrecher steuert direkt auf Kap Smyth zu. Dieser Lärchen hat gemeldet, daß er ein Hundeschiff mit zwei Begleitern an Land gesetzt habe. Sie sollen durch das Nordostland vordringen und dort Depots auslegen.

Behinderung des Hilfswerkes für Nobile durch das Wetter.

Rom, 15. Juni. (N.) Die „Citta di Milano“ konnte gestern abend um 10 Uhr mit der Radiostation Nobiles wieder in Verbindung treten. Doch waren die Übertragungen nur schwach. Nobile meldete, daß sein jetziger Standort sich infolge des Westwindes etwa 70 Meilen östlich von dem am 12. d. Mts. mitgeteilten Ort befindet. Gegenwärtig herrscht Ostwind und die ungünstige Wetterlage verhindert Nachforschungen mit Flugzeugen.

Neuer Konflikt.

Aus der Verwaltungskommission.

(Von unserem Warschauer Berichterstatter.)

Warschau, 15. Juni.

Der Konflikt, der zwischen Sejm und Regierung in der Angelegenheit der Untersuchung der Wahlmissbräuche entstanden war und den ein vom Sejmarschall gefundenes Kompromiß notdürftig beilegte, ist nun wieder neu aufgeflammt. Bekanntlich hatte die Verwaltungskommission die Einsetzung einer Sonderkommission zur Untersuchung verlangt, ein Verfahren, dem sich der Innenminister Sładowski mit allen Mitteln widersetzt. Nach dem Kompromiß sollte das Material über die Wahlmissbräuche gesammelt und dem Minister zu einer Vorlegung vorgelegt werden, worauf dann die vom Minister erteilte Antwort geprüft und die betreffenden Anträge gestellt werden sollten. Dieses Verfahren wurde vor allen Dingen von den slavischen Minderheiten für ein Verschleppungsverfahren gehalten, eine Ansicht, die auch von anderen Mitgliedern der Verwaltungskommission geteilt wurde. Nun hat der Abg. Rutel von der Wyzwolenie einen neuen Vorschlag eingebracht, wonach trotz der ablehnenden Haltung der Regierung eine außerordentliche Kommission ernannt werde. Diese Kommission hätte dann die Aufgabe, alle Klagen zu prüfen, die wegen der Wahlmissbräuche von Beamten während der Wahlen erhoben worden sind. Das Material soll der Kommission bis zum 20. Juli übermittelt werden. Mit der Prüfung müßte man bis zum 1. Oktober fertig sein, und es soll dann auch ein Bericht vorgelegt werden, der gleichzeitig die Anträge enthalte, die von den Untersuchungsresultaten hergeleitet würden. Dem Vorsitzenden der Kommission werden weitgehende Rechte zugesprochen. Er ist es auch, der die vorgeschlagenen Akten zu bewahren hat. Bei besonders bewickelten Angelegenheiten wird ein Mitglied der Kommission damit beauftragt, in einem besonderen Bericht darzulegen, welche Informationen von der Regierung und den Behörden eingeholt worden sind. Der Regierungsklub bekämpfte selbstverständlich diesen Antrag und forderte die Wiedereinsetzung des vom Sejmarschall Dąbski gefundenen Kompromisses. Die Mitglieder des Regierungsklubs drohen damit, daß sie an keiner weiteren Beratung teilnehmen würden, falls der Antrag Rutels eine Mehrheit in der Verwaltungskommission finden sollte.

Neuer Kampf gegen Danzig

Unfallende Pressehege. — Ein neuer Streikfall. — Boykottpropaganda.

(Von unserem Warschauer Berichterstatter.)

Warschau, 15. Juni.

Seit einiger Zeit ist der Ton der polnischen Presse gegenüber der Freistadt Danzig recht giftig und erregt. Da nun die polnischen Behörden außerordentlich empfindlich sind, wenn in deutsch-polnischen oder danziger Zeitungen berechtigte Interessen in der nächsten Form verletzt werden, so sei doch einmal auf den herausfordernden beleidigenden Ton der polnischen Presse hingewiesen, den sie sich gegenüber Danzig oder auch Deutschland erlauben darf. Es wird nur von einer danziger Freiheit und ähnlichen Dingen gesprochen, und der „Przeglad Wiczyorny“ überschreibt seinen Artikel gegen Danzig mit dem Titel „Der Biß einer bössartigen Mücke“.

Nach den polnischen Darstellungen handelt es sich um folgenden Vorfall: Die Stadt Danzig habe den polnischen Passagierschiffen das Anlegen an der Mole von Boppot verboten. Auch hätten die danziger Zollbehörden versucht, die mit polnischer Kohle beladenen Schiffe der Gesellschaft „Włsa Dąbki“ einer neuen Zollkontrolle auf danziger Gebiet zu unterziehen, obwohl die Zollkontrolle bereits in Danzig vorgenommen worden sei. Nur der Energie der polnischen Behörden sei es zu verdanken, daß diese Schiffe ihre Fahrt fortsetzen konnten. Von jetzt an würden die Schiffe von drei polnischen Kriegsschiffen begleitet, was eine Kontrolle von Seiten der danziger Behörden unmöglich mache. Am schlimmsten aber ist es, daß ein richtiger Boykott gegen Danzig verhängt wird und daß sich zu diesem Zweck die polnische See- und Luftflotte mit dem polnischen Journalistenklub zusammengetan hat. In einer Sitzung, die gestern abgehalten wurde, hat man den Beschluß gefaßt, die danziger Schiffe zu boykottieren und ebenso diejenigen danziger Firmen, die sich der polnischen Politik zu widersetzen suchen. Nur eine gemeinschaftliche und entschlossene Aktion könne Danzig zur Vernunft bringen.

Hier ist also eine durchaus aufsehende Tätigkeit im Gange, die wir in jeder Hinsicht für unerlaubt halten. Wenn man glaubt, mit dem danziger Verhalten unzufrieden sein zu müssen, so möge man den Weg gegenseitiger Unterhandlungen wählen.

Die letzten Telegramme.

Militärische Ausbildung von Zivilisten in den Vereinigten Staaten.

Washington, 15. Juni. (N.) Der Washingtoner Korrespondent der „Chicago Tribune“ meldet: Mehr als die Hälfte der regulären Armee der Vereinigten Staaten wird in diesem Sommer damit beschäftigt sein, Zivilisten militärisch auszubilden. Nahezu 273 000 Personen werden in Rekrutentrainern untergebracht sein. 3452 Offiziere und 47 889 Mann der regulären Armee werden als Instruktoren verwendet werden.

Hoover republikanischer Präsidentschaftskandidat.

New York, 15. Juni. (N.) Der republikanische Konvent in Kansas City beschloß, Hoover als Präsidentschaftskandidaten aufzustellen.

Der Tabakarbeiterstreik in Mazedonien.

Athen, 15. Juni. (N.) Ein Versuch der streikenden Tabakarbeiter in Saloniki, Kundgebungen zu veranstalten, ist gescheitert. In Kavalla, Serres und Xanthi herrscht völlige Ruhe. In Dolo werden die Tabakarbeiter heute den Streik verkünden. Die Regierung wiederholte ihre Erklärung, daß sie sich nicht in Verhandlungen einlassen werde, bevor der Streik beendet ist. Die Streikenden haben einen Appell an Moskau gerichtet, in dem sie von dem Streik Mitteilung machen und zum Protest gegen die Maßnahmen der Regierung auffordern.

Südafrika und Kelloggs Antikriegspaktvorschlag.

London, 15. Juni. (N.) „Daily Telegraph“ zufolge ist das Ausschleiben der Antwort der süd-

afrikanischen Union auf den Antikriegspaktvorschlag Kelloggs auf ein Mißverständnis zurückzuführen. Die südafrikanische Regierung hatte ihre Antwort, statt sie dem Foreign Office in London zur Übermittlung an die Vereinigten Staaten zu stellen, versehentlich direkt an die amerikanische Regierung gerichtet. Dieser Irrtum ist jetzt berichtigt worden, und die zustimmende Antwort Südafrikas wird dem amerikanischen Vertreter demnächst zugestellt werden.

Das Schicksal der verunglückten französischen Bombenflugzeuge.

Paris, 15. Juni. (N.) Ueber das Schicksal der von Nancy mit Bestimmung Le Bourget abgegangenen Bombenflugzeuge berichtet „Matin“: Ein einziges Flugzeug konnte das gesteckte Ziel, d. h. den Flug Nancy—Le Bourget und zurück, unter den vorgeführten Bedingungen erreichen. Vier landeten ohne Schaden in Le Bourget. Von den fünf übrigen sind mit Ausnahme des bereits als abgestürzt gemeldeten, vier an verschiedenen Stellen niedergegangen, ohne ernstlichen Schaden zu nehmen.

Wieder ein französischer Militärflieger abgestürzt.

Paris, 15. Juni. (N.) Am Donnerstag stürzte bei einem Übungsflug bei Mesnil ein Militärflieger ab und wurde getötet.

Weitere Ausdehnung des griechischen Tabakarbeiterstreiks.

London, 15. Juni. (N.) Nach Meldungen aus Athen hat sich der Streik der Tabakarbeiter auch auf die bis jetzt unbeteiligten mazedonischen Gebiete ausgedehnt. In mehreren Städten kam es zu neuen schweren Unruhen. Dabei erlitten sowohl die Streikenden, wie die Regierungspolizei und Kavallerie, die zur Verstärkung aufgerufen wurden mußte, erhebliche Verluste.

Aus der Republik Polen.

Das Budget.

Warschau, 15. Juni. (Eigenes Telegramm.) Heute erfolgt, wie bekannt, die dritte Lesung des Budgets im Sejm. Infolgedessen hielten bereits gestern die verschiedenen Sejmfraktionen Beratungen ab, die heute fortgesetzt werden. Auch eine Ministerratssitzung wird heute abgehalten. Gestern abend bereits hat Marschall Pilsudski den stellvertretenden Ministerpräsidenten Bartel zu einer einhalbstündigen Konferenz empfangen. Gleichzeitig tagte der Vizepräsident des Senats und beschloß, die Gesamtdauer der Redezeit für die Behandlung des vom Sejm fertiggestellten Budgets im Senat auf 30 Stunden zu beschränken. Es wird von 10 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends im Senat über die einzelnen Budgets beraten werden. Die Reden der Anhänger der Regierung und der Berichterstatter sind in den 30 Stunden nicht mit eingerechnet. Es ist anzunehmen, daß bei diesem Gange des Senats das Budget noch einige Tage vor Ende des Monats an den Sejm zurückgeht, so daß also der Haushaltsvoranschlag rechtzeitig zu dem von der Verfassung vorgeschriebenen Termin am 1. Juli fertig sein wird.

Der Berliner englische Botschafter in Warschau.

Warschau, 15. Juni. (Eigenes Telegramm.) Viel beachtet wird hier der gestrige Besuch des englischen Botschafters in Berlin, Sir Robert Lindesay. Bekanntlich wird gemeldet, daß es sich hier um einen Privatbesuch handelt, da Lindesay seinen Freund, den vor einiger Zeit nach Warschau zum englischen Gesandten berufenen Sir Ernestine habe besuchen wollen. Lindesay ist aber zum Unterstaatssekretär des auswärtigen Amtes ernannt worden, ist also eine Persönlichkeit, die einen entscheidenden Einfluß auf die englische Außenpolitik ausüben wird. Da nun England in letzter Zeit besonderen Wert in seiner Außenpolitik auf Polen gelegt hat, kann man diesem Besuch immerhin eine gewisse Bedeutung zuschreiben, zumal er vom Marschall Pilsudski in persönlicher Audienz empfangen wurde.

Die innere Investitionsanleihe.

Unter dem Vorsitz des Abg. Krzyżanowski fand eine Sitzung der Staatsschuldenkommission statt, zur Festsetzung der Emission der 4prozentigen inländischen Prämien-Investitionsanleihe in Höhe von 50 Millionen Zloty, die zur Belebung der Bauwirtschaft an Polen bestimmt sind. Abg. Trampczyński brachte den Antrag ein, über diese Angelegenheit zur Tagesordnung überzugehen, da das Vollmachtsgebot zur Verleihung der Anleihe nicht ernannt hätte. Dieser Antrag wurde mit sämtlichen Stimmen gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt. Darauf wurde mit den Stimmen der Abgeordneten Krzyżanowski (Regierungsbund), Wyzła (Regierungsbund), Malinowski (Wyzwolenie), Pąguel (P. P. S.) sowie der Senatoren Boguszewski (Regierungsbund) und Januszewski

Löbe wieder Reichstagspräsident.

Der Reichstag begann heute 14 Uhr bei hellstem Wetter und gut besuchten Tribünen die Wahl seines Präsidiums. Schon die Wahl des Präsidenten, für dessen Amt die Sozialdemokratie im Einvernehmen mit den bürgerlichen Parteien wiederum den bisherigen Reichstagspräsidenten Löbe in Vorschlag brachte, mußte durch Bettel borgenommen werden, da die Nationalsozialisten gegen die Vornahme der Wahl durch Zursich Einpruch erhoben. Vor Beginn der Wahlhandlung hatte noch der Kommunist Stöcker eine Erklärung verlesen, wonach die kommunistische Fraktion entsprechend ihrer Fraktionsstärke Anspruch auf den Posten des dritten Vizepräsidenten erhob. Da die Sozialdemokraten die Zustimmung zu diesem Vorschlag an bestimmte Bedingungen geknüpft hätten, werden die Kommunisten aus Protest für jeden Wahlgang eigene Kandidaten aufstellen.

Nach der üblichen, durch die Bettelabgabe und die Auszahlung bedingten Pause verlesenen dann Reichstagspräsident von Löbe folgende Rede: Es sind 446 Stimmen abgegeben worden, davon entfallen 318 Stimmen auf den Abgeordneten Löbe, 46 auf den Abgeordneten Thälmann (Komm.), 11 auf den Abgeordneten Dr. Fried (Nat.-Soz.), 70 Stimmzettel waren unbenutzt. Abgeordneter Löbe ist damit wieder zum Reichstagspräsidenten gewählt worden.

Tschangtscholin noch am Leben?

London, 15. Juni. (N.) „Daily Mail“ berichtet aus Tientsin: Nach einem Telegramm aus Mukden hat Tschangtscholin folgende Botschaft an seine Offiziere erlassen: „Meine Wunde ist nicht so ernst, wie angenommen, und mein Befinden bessert sich. Niemand sollte die Meldungen über meinen Tod beachten. Ich fordere euch auf, eure Pflicht zu erfüllen. Kümmert euch nicht um meinen Gesundheitszustand.“

Die Schieberei in Tientsin.

London, 15. Juni. (N.) Der Korrespondent der „Morning Post“ in Tientsin meldet: Die Berichte über Niedermelung und Erschießung in der Chinesenstadt werden für übertrieben gehalten, aber Tatsache ist, daß zahlreiche Läden geplündert und mehrere Personen getötet wurden. Ihre Leichen wurden ins Wasser geworfen, und von den ausländischen Konzeptionen aus wurde beobachtet, wie sie den Fluß hinabtrieben. Das Tschili-Arsenal am Zentralbahnhof flog gestern vormittag in die Luft, was die Verstärkung der Bevölkerung noch vergrößert. Erst am Nachmittag wagten sich die Einwohner aus ihren Häusern, während in den östlichen Vorstädten die Schieberei noch im Gange war.

(Wyzwolenie) gegen die Stimme des Abg. Trampczyński der Regierungsantrag auf Bestätigung der Emission angenommen. Die Kommission ermächtigte den Abg. Wyzła und den Senator Januszewski zur Unterzeichnung der Obligationen.

Die Einstellung von Strafverfahren.

Der Geschäftsordnungsausschuß des Sejm hielt gestern unter Vorsitz des Abg. Liebermann von der P. P. S. eine Sitzung ab, in der beschlossen wurde, im Plenum den Antrag zu stellen, das Strafverfahren gegen die Abgeordneten Soszanski (Christl. Demokratie), Witos (Piasten), Dubois (P. P. S.), Ledwoch (Bauernpartei) und Pluta (Bauernpartei) einzustellen. Darauf wurde über einen Dringlichkeitsantrag des Wehrpflichtigen Klubs auf Aufhebung des Strafverfahrens gegen die Abg. Staganowicz und Grecki beraten. Auf Antrag des Abg. Rataj von der Piastenpartei wurde mit Stimmenmehrheit dahin erkannt, daß eine neue Erörterung dieser Angelegenheit unzulässig sei, und es wurde beschlossen, diese Stellungnahme dem Sejmarschall Dąbski vorzutragen.

Auf einem Fokker.

Der Verkehrsminister Komoczi hat auf einem Fokkerflugzeug den Flugplatz von Dablin inspiziert.

Morawski wieder aktiv?

Warschau, 15. Juni. (N. B.) In politischen Kreisen ist das hartnäckige Gerücht verbreitet, daß der frühere Wyzwolenier für auswärtige Angelegenheiten, Kajetan Morawski, zum aktiven Staatsdienst berufen werden soll. Morawski war bekanntlich vorläufiger Leiter des Außenministeriums im dritten Witos-Kabinett. Nach den Mitteilungen war er entlassen worden und gehört nun zu den Anhängern des konservativen Flügels der Regierungspartei.

Streikstimmung.

Łódź, 15. Juni. (N. B.) In einer Versammlung der Straßenbahnangestellten wurde die Frage eines eventuellen Streiks, der am heutigen Freitag beginnen sollte, erörtert. Die Direktion will von den verlangten 25 Prozent nur 6 Prozent bewilligen. Ein Streikbeschluss liegt noch nicht vor.

Fortdauer des Streiks in Bialystok.

Bialystok, 15. Juni. (N. B.) Die Streiklage in Bialystok hat eine bedeutende Verschärfung erfahren. Die Großindustriellen hielten eine Konferenz ab, bei der auch der Arbeitsinspektor zugegen war. Auf Antrag des Arbeitsinspektors gingen die Industriellen schließlich darauf ein, den Arbeitern eine 5prozentige Lohnerhöhung zu gewähren mit der Einschränkung, daß sie sich zu weiteren Forderungen nicht verstehen könnten und auch keine Verhandlungen mit den Arbeitervertretern führen würden. Nachdem dieser Beschluß den Vertretern der Arbeiterschaft mitgeteilt worden war, wurde vom Streikkomitee eine Versammlung einberufen, die die Vorschläge der Industriellen zurückwies, so daß der Streik weiter andauert.

Interpellationsdebatte in der französischen Kammer.

Paris, 15. Juni. (N.) In der heutigen Kammerdebatte wird die Aussprache über die Interpellationen betreffend die allgemeine und Finanzpolitik der Regierung beginnen. Es liegen insgesamt 13 Interpellationen vor. Die Interpellation des elassischen Abgeordneten Grumbach über die Lage in Elsass-Lothringen will Ministerpräsident Poincaré erst nach Annahme der Gesetze über die Stabilisierung beantworten, auf jeden Fall aber vor dem 14. Juli, vor Schluß der Session. Damit hat Poincaré die Aussprache über die elassische Frage aus der Erörterung über die allgemeine Politik ausgeschlossen.

Irrtümliche Hinrichtung von 9 Personen.

Mexiko, 14. Juni. (N.) Der Bürgermeister und acht fälschliche Beamte von Quatla (Staat Oaxaca) wurden vor einigen Tagen von den Militärbehörden hingerichtet, nachdem diese telegraphische Weisungen erhalten hatten, die angeblich vom Kriegsamt aus dem Präsidenten stammten. Es zeigt sich jetzt, daß keine derartigen Weisungen ergangen waren und daß das Telegramm eines von den politischen Gegnern des Bürgermeisters stammende Fälschung war. Der Offizier, der die Erschießungsstruppen befehligte, und andere im Verdacht, an dem Komplott beteiligt zu sein, stehende Personen sind verhaftet worden.

Die heutige Ausgabe hat 8 Seiten.

Geschäftsführer: Robert Ely.

Verantwortlich für den politischen Teil: Johannes Engelmann. Für Kunst und Literatur: Guido Bache. Für die elassische und elassische und elassische: Rudolf Herberichs. Für die elassische und elassische: Robert Ely. Für den elassischen und elassischen: Margarete Wagner, Kosmos Sp. z o.o. Verlag. „Posener Tageblatt“. Druck: Druckerei Concordia Sp. A. G. Amstich in Posen, Wlodekowska 6.

KINO APOLLO

Ab Freitag, den 15. Juni 1928

das Komödiendrama voll sprudelnd. Humors

Die große Affäre

In den Hauptrollen:

George Sidney und Alexander Carr

Kino Metropolis

Ab Freitag, den 15. Juni d. Js.

die Meisterkomödie des Ufa-Films

Frau Minister aus Macegojnji

In den Hauptrollen:

Xenia Desni, H. Junkermann, W. Fuellner

Beginn der Vorstellungen um 7 und 9 Uhr

An Sonn- und Feiertagen um 5, 7 und 9 Uhr.

Am 14. Juni 1928 verschied infolge eines Unfalls plötzlich und unerwartet mein innigstgeliebter Mann, unser treuherziger Vater, Bruder und Schwager, der

Raufmann

S. Kalinowski

im Alter von 44 Jahren.

Poznań, dem 14. Juni 1928.

In tiefer Trauer

Caecilie Kalinowski, geb. Wierzbowski
Julius Kalinowski
Salomon Kalinowski
Rosa Kalinowski
Anna Ida Kalinowski
nebst Angehörige.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 17., nachm. 4 Uhr von der Halle des jüd. Friedhofs aus statt.

Chemisch - analytisches
Laboratorium.

Untersuchungen
für Industrie, Landwirtschaft, Handel u. Gewerbe
E. Kettler, Poznań
Piekary 16/17. Im Hause
der Westpolnisch. Landw.
Gesellschaft.

Wir kaufen

2 eiserne Wasserbehälter zu je 3—4000 l
zirka 1,25 m hoch

Wir verkaufen

1 Schmirgel-Schroffstein (Eäuser) fast neu
1,40 x 0,82 m.
Brennerei Budziszewko, pow. Oborniki.

1 neue Limousine

12155, 6 Zyl., mit allem Komfort als Gelegenheitskauf
zu verkaufen.

„Komna“ Automobile ul. Dąbrowskiej 83/95 Tel. 3768



sowie

Heu- u. Strohgebläse

stationär und fahrbar
in der neuesten Konstruktion liefert

P. G. Schiller, Poznań

ul. Skośna 17

Telefon 2114

Generalvertreter für Polen.

Deutsches Gymnasium in Leszno (Lissa)

Anmeldung und Aufnahmeprüfung
für das neue Schuljahr zum Eintritt in
die 1. Klasse (Sexta) am Montag, dem
18. Juni, vorm. 8 Uhr.

zum Eintritt in die 2.—8. Klasse am
Donnerstag, dem 21. Juni, vorm. 8 Uhr.

Vorzulegen: 1. Taufschein oder Geburtsurkunde,
2. Wiederimpfschein, 3. Abgangszeugnis der zuletzt be-
suchten Schule.

Dr. Vincent.

Eigenerzeugung
erstklassiger
**Herrn- und
Knaben-
Kon-
fektion**
Reelle
billigste
Bezugs-
quelle.

E. GRZESKOWIAK
POZNAN-STR. RYNEK 83

Für ein Grundstück, ca. 600 Morgen, bei Poznań
gelegen, im Werte von 500 000 zł suche ich auf ein Jahr

30-40 000 zł.

die als Hypothek eingetragen werden. Gute Verzin-
nung nach Vereinbarung. Ang. an Ann.-Exp. Kosmos
Sp. z o.o., Poznań, Zwierzyniecka 6, unter 977.

Verband für Handel und Gewerbe e. V. } Poznań
Związek dla handlu i Przemysłu } Skośna 8.
Stow. zap.

Am Sonntag, dem 17. Juni d. Js., mittags 11½ Uhr,
findet die zweite statutenmäßige

Verbandstagung

(Mitgliederversammlung)

unseres Verbandes in den Räumen der Grabenloge, Poznań, ulica
Grobła 25, statt.

Am Sonnabend, dem 16. Juni d. Js., abends 7½ Uhr,
findet in den gleichen Räumen eine

Beiratsitzung

unseres Verbandes statt.

Wir laden hierdurch **alle unsere Mitglieder** zur Teilnahme
an beiden Veranstaltungen ein und weisen besonders darauf hin, daß
zur Verbandstagung am Sonntag, dem 17. d. Mts Damen und ein-
geführte Gäste willkommen sind.

Wir hoffen, eine recht stattliche Anzahl unserer Mitglieder an
diesen Tagen begrüßen zu können.

Der Vorstand.

Der Geschäftsführer.

Dreschsatz „Floether“

gebraucht, gut erhalten, betriebsfertig:

Locomobile: D. S. 5, 10 Atm., Betriebsspannung 12—42 PS, mit
Kolbenschieber, Achsregulator, Zylinder, großer u. kleiner Riemen Scheibe.

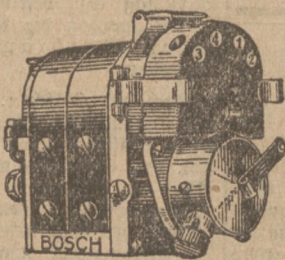
Dreschmaschinen: D. A. 4, mit 8 Schlagleisten, Trommelbreite 63 Zoll
= 160 cm, mit Spreu- u. Kurzstrohgebläse, doppelter Riemen Scheibe
und Erbsenblechen.

Elevator: D. X., 8 m hoch fördernd, während des Ganges seitlich und
nach oben verschiebbar.

Komplett mit allen Riemen und Zubehör veräußert.

Preis 20 000 Zloty. Zahlungsbedingungen nach Vereinbarung.

Dr. Weiß, Dębogóra, p. Koźmin, Station Wolenice.



„Centrala Magnetów“

Ing. P. Schendel

Poznań, ul. Skłodowska 12

Tel. 1570 gegr. 1918

Magnele, Autolicht

u. Starter

jeden Fabrikats!

Boschwerkstatt!



Achtung! Billige Seifen-Tage Achtung!

Haushaltseife „Mix“ . St. 0 ⁵⁰ zł	Gr. rd. Badetoll.-Seife . St. 1 ²⁰ zł
Gute Waschkernseife 3 St. 1 ⁰⁰ „	Kl. rd. Badetoll.-Seife . St. 0 ⁶⁰ „
Marsaillerseife . . . St. 0 ⁷⁰ „	Blumenseife, ca. 160 gr. St. 0 ⁹⁵ „
Seifen-Flocken, lose 500 gr. 2 ⁵⁰ „	Blumenseife, ca. 100 gr. St. 0 ⁶⁰ „
Riegel-Kernseife, ca. 950 gr. 2 ⁴⁵ „	Engl. Badeseife, groß . St. 1 ⁰⁰ „
Riegel-Kernseife, ca. 750 gr. 1 ⁹⁵ „	Lanolinseife . . . 3 St. 1 ⁰⁰ „
Talgkorn-Schmierseife 500 gr. 0 ⁹⁰ „	Ozonh. Badekapseln, 3 St. 1 ⁰⁰ „
Elfenbeinseife, ca. 250 gr. 0 ⁵⁵ „	Schöne Badehauben . von 1 ⁹⁵ an
Scheuertücher 3 St. 2 ⁰⁰ 3 St. 2 ⁵⁰ „	Motten-, Fliegen-, Wanzen-Mittel
Haushaltlichte 500 gr Pak. 1 ²⁵ 1 ⁴⁵ „	Farben - Lacke - Pinsel

Drogerja Warszawska, Poznań ul. 27. Grudnia 11
Telefon 20-74.

Möbl. Zimmer

für 1 Herrn zu vermieten

Piotra Wawrzyniaka 24, Parterre rechts.

Wozna 12

(früher Büttelstr.)

Kaufe gebrauchte Bücher
wissenschaftl. u. Lesebücher,
einzelne und im Komplet.
Buchhandlung „Książka
Artystyczna“ Tel. 3801

Freiwillige Versteigerung

Am 21. Juni von 10 Uhr morgens ab, werden
in der Försterei Pułczytowo (Unterberg) 20 Min.
vom Bahnhof Pułczytowo entfernt,

**2 Pferde,
6 Milchkuhe,
5 Schweine,
Geflügel,
2 Britischen,
3 Aderwagen**

sowie landwirtschaftliche Maschinen und Geräte
gegen Meistgebot und Barzahlung versteigert
werden.

Pułczytowo, pow. Poznań, den 15. 6. 1928,
Herodes.

Kaufe Wirtschaft

50—90 Morg., guten Boden. Angeb. mit Preis, Ent-
fernung von Stadt, Bahn und Gebäudestand an
W. Walendowski in Czermín bei Pleßchen.

**Billig !!
Herrensocken,
Kindersöckchen.**
Herrensocken ein-
farbig . . 0,75 zł
Herrensocken
gemustert 1,25 „
Herrensocken
gute Qual. 1,50 „
Kindersöckchen
von . . . 1,25 „
Kinderslumpfe.
S. Kalamajski,
Poznań. Toruń.

Hebamme

Kleinwächter

erteilt Rat und Hilfe
ul. Romana Szymańskiego 2,
1 Treppe l. fröh. Wienerstr.
in Poznań im Zentrum,
2. Haus b. Plac Sw. Krzyżki
früher Petriplatz.



Lander & Brathuhn, Poznań
UL. SEW. MIELZYŃSKIEGO 23 · TELEF. 4019